

„Neue“ Imperialismusdeutungen in der BRD-Historiographie
zur deutschen Geschichte 1898 bis 1917

Akademie-Verlag Berlin 1975

Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Hrsg. v. Manfred Buhr, Nr. 63

Einleitung

„Würde man heute westdeutsche Konzernchefs fragen, ob man sie als Imperialisten bezeichnen könne, würden sie sicher diese Kennzeichnung entrüstet ablehnen. Sie würden darauf verweisen, daß die BRD keine Kolonien besitze und auch keine Gebietsansprüche habe. Hätte man die gleiche Frage 1914 ihren Großvätern und 1939 ihren Vätern gestellt, wäre wahrscheinlich etwas anderes herausgekommen. Sie hätten argumentiert, daß Deutschland einen Platz an der Sonne brauche oder die Deutschen ein Volk ohne Raum seien, berufen, anderen Kultur und Zivilisation zu bringen ... Natürlich braucht man nicht so direkt zu fragen. Man könnte, wie das heute bei Umfragen der Fall ist, auch indirekt an die Sache herangehen. Man könnte zu ermitteln versuchen, wie sie am liebsten die Rohstoffversorgung gesichert sehen; ob, warum und wo sie Kapitalinvestitionen im Ausland für notwendig und vorteilhaft erachten; ob der Staat etwas zur Aufrechterhaltung ihrer Stellung gegenüber der ausländischen Konkurrenz tun und ob er ihre Auslandsniederlassungen schützen müsse usw. An den Antworten könnte man jetzt wahrscheinlich feststellen, daß sich Großväter, Väter und Söhne im harten Kern der Argumente nicht wesentlich unterscheiden. Aber gerade auf diesen harten ökonomischen Kern kommt es an, wenn von Imperialisten und Imperialismus die Rede ist.

Heinz Jung, Marxistische Blätter, Frankfurt/M.,
Heft 4/1974, 5. 60

Die von Heinz Jung anschaulich charakterisierte Schwenkung der deutschen Monopolbourgeoisie von offenen imperialistischen Bekenntnissen zur Leugnung und ideologischen Verschleierung ihrer imperialistischen Bestrebungen widerspiegelt subjektiv die objektiven Veränderungen, die sich in der Welt während dreier Generationen im Kräfteverhältnis der Klassen, [10] im Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus und als Folge dessen im Bereich der imperialistischen Ideologie vollzogen haben. Der Imperialismus, der am Ende des 19. Jahrhunderts als höchstes und letztes Entwicklungsstadium des Kapitalismus¹ die Weltbühne mit dem propagandistisch zunächst nicht unwirksamen Anspruch betrat, alle Widersprüche des Kapitalismus lösen zu können, bewies nicht nur binnen kurzem, daß er unfähig zur Erfüllung solcher Versprechungen war, sondern, daß er darüber hinaus alle Widersprüche des Kapitalismus in ungeahnter Weise vertiefte und verschärfte und neue Widersprüche hervorbrachte. In weniger als einem halben Jahrhundert offenbarte er – nicht zuletzt durch zwei grauenhafte Weltkriege – sein zutiefst reaktionäres, antidemokratisches, antihumanistisches und damit volksfeindliches Wesen in einem solchen Ausmaß, daß er sich vor den Volksmassen selbst diskreditierte. Bereits aus diesem Grund um der Behauptung seiner Herrschaft willen zu immer stärkerer ideologischer Verschleierung seiner Bestrebungen gezwungen, sieht er sich heute vor allem durch die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, durch das Anwachsen der antiimperialistischen Bewegungen in seinem unmittelbaren Machtbereich und durch den Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen der von ihm kolonial und halbkolonial versklavten Völker – insgesamt gesehen – zu einer immer umfassenderen und raffinierteren Tarnung seines unveränderten Wesens genötigt, eine Tendenz, die ihm durch den im antiimperialistischen Befreiungskampf der Völker erzwungenen Übergang von offenen, kolonialistischen zu vorwiegend indirekten, neokolonialistischen Formen imperialistischer Expansion objektiv erleichtert wird.

Diesen allgemeinen Zwangsläufigkeiten war der deutsche Imperialismus nach 1945 auf Grund seiner zweifachen militärischen Niederlage und seiner besonders brutalen faschistischen Erscheinungsform in besonderem Maße unterworfen. Deshalb unternahm die herrschende Klasse Westdeutschlands von Anfang an besondere Anstrengungen, das wahre Wesen des Imperialismus zu verhüllen oder ihre imperialistische Politik zu rechtfertigen. Angesichts dessen, daß gerade hier die mehrfachen – zeitlich

¹ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 191 ff.

auf zwei Generationen zusammengedrängten –historischen Erfahrungen der Volksmassen mit dem Imperialismus dessen Existenz potentiell gefährdeten, gewann im Rah-[11]men der Imperialismus-Apologie die bürgerliche Geschichtsschreibung zunehmend an Bedeutung. Im Rahmen ihrer objektiven politischen Funktion, das imperialistische Herrschaftssystem um jeden Preis zu verteidigen, besteht ihre Hauptaufgabe darin, die Verwurzelung der imperialistischen Politik in den monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen zu bestreiten, die in den Augen der Volksmassen besonders diskreditierten krassen historischen Erscheinungsformen des imperialistischen deutschen Herrschaftssystems als nicht gesetzmäßig erscheinen zu lassen und demgegenüber die Traditionslinie eines „normalen“ Kapitalismus zu entwerfen, dem – zur Überwindung seiner Widersprüche fähig – die Zukunft gehöre.

In den ersten Jahren nach 1945 vermied die bürgerliche Historiographie weitgehend eine direkte Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Wesen des Imperialismus. Um so intensiver wandte sie sich seit dem Ende der 60er Jahre diesem Thema zu und ging auf breiter Front zur Offensive gegen die Leninsche Imperialismustheorie über. Diese Erscheinung hat mehrere Ursachen: Erstens verlagert die herrschende Klasse der BRD – durch die Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft in zunehmendem Maße zu einer Politik der friedlichen Koexistenz mit den sozialistischen Staaten gezwungen – das Schwergewicht ihres antikommunistischen und antisowjetischen Kampfes auf das Gebiet der Ideologie. Zweitens sieht sie sich durch die wachsende antiimperialistische Volksbewegung und durch die – angesichts der Verschärfung aller Elemente der allgemeinen Krise des Kapitalismus zunehmenden – Widersprüche ihres eigenen Herrschaftssystems zu dem Versuch gedrängt, das sich verstärkende Krisenbewußtsein der Volksmassen zu kanalisieren. Schließlich wird sie durch die zunehmende Ausstrahlungskraft der wissenschaftlichen Analysen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften zur Reaktion gezwungen, zumal auch im eigenen Lager kritisch-realistische Stimmen zur Geschichte des deutschen Imperialismus hervortreten.²

Die Hinwendung der BRD-Historiographie zu einer verstärkten Imperialismus-Apologie, die für die herrschende Klasse eine ideologische Hauptfrage darstellt, erhielt wesentliche Impulse von der bürgerlichen und reformistischen Historiographie der USA, die – im Hauptland des Weltimperialismus und da-[12]mit im Zentrum seiner Widersprüche angesiedelt – den neuen Bedingungen der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus schon früher durch modifizierte bürgerliche und reformistische Imperialismusdeutungen zu entsprechen suchte.³

In den jüngsten Erörterungen der Imperialismusproblematik seitens der westdeutschen Geschichtsschreibung sind zwei Erscheinungen besonders bemerkenswert: Zum einen die starke zeitliche Orientierung auf die Jahre der Herausbildung des deutschen Imperialismus bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges; zum anderen die deutliche inhaltliche Konzentration aller apologetischen Bemühungen auf die „Gretchenfrage“ der Imperialismusanalyse, auf ihren „harten ökonomischen Kern“.

Die erstgenannte Erscheinung ergibt sich zum Teil daraus, daß es der bürgerlichen Geschichtsschreibung darum geht, gleichsam als Pendant zur marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie eine „überzeitliche“ bürgerliche Imperialismustheorie zu entwickeln.⁴ Dieses anspruchsvolle Ziel bedingt den Versuch, das Phänomen des Imperialismus zunächst in der Phase seiner Herausbildung zu untersuchen, um so die Grundlage für seine generelle Erklärung zu gewinnen. Zugleich deutet das zum Beispiel bei Hans-Ulrich Wehler erkennbare Bemühen, den Beginn des Imperialismus bereits mit der Gründung des Deutschen Reiches anzusetzen⁵ und nicht mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, darauf hin, daß von der politischen Zielsetzung her bestimmte methodologische Gründe – vor allem das Ziel einer Verwässerung des Imperialismusbegriffs

² Zum Beispiel Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1964 (Dritte verb. Aufl.); ders., Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969.

³ Vgl.: Geschichte und Ökonomie, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln 1973, S. 20 ff.

⁴ Lutz Kühner, Stand und Zukunft der Imperialismustheorie. Anmerkungen zu neueren Beiträgen, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, begr. von Reinhard Schaefer, hrsg. von Harald Jürgensen, Andreas Prodöhl u. a., Bd. 11/1960, Göttingen 1960, S. 114.

⁵ Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln-(West-) Berlin 1969.

durch seine Ausdehnung auf die vormonopolistische Entwicklungsphase des Kapitalismus – für diese Erscheinung mitbestimmend sind. Auch die Vorstellung einiger westdeutscher Historiker, daß man eigentlich nur vor dem ersten Weltkrieg von Imperialismus sprechen sollte, trägt zu dieser auffälligen Orientierung bei. Schließlich hält man den deutschen Imperialismus faschistischer Prägung aus verständlichen Gründen für weniger geeignet für eine in ihrer Zielsetzung apologetische Erörterung des Themas.

Die inhaltliche Konzentration auf die Frage des ökonomischen Kerns ergibt sich aus der antikommunistischen politischen Zielsetzung. Bestrebt, die von W. I. Lenin entdeckte Gesetzmäßigkeit zu bestreiten, daß der Imperialismus das letzte Stadium der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß er der Vorabend der proletarischen Revolution ist, suchen imperialistische Historiker fieberhaft nach Erklärungsmodellen, die den Imperialismus den Volksmassen plausibler als bisher als Ideologie oder Strategie, als Wachstumsstörung oder als vorwiegend politisches Phänomen, auf alle Fälle aber als zeitweilig, primär nicht durch monopolkapitalistische Produktionsverhältnisse verursacht, erscheinen lassen und so die Illusion von der Möglichkeit weiterer, „höherer“ Etappen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nähren könnten.

Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, das immer offensichtlichere Scheitern aller Bemühungen, mit Hilfe staatsmonopolistischer Regulierungsmaßnahmen und unter Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution eine dauerhafte Stabilisierung des kapitalistischen Systems, den sogenannten organisierten Kapitalismus, zu erreichen, stimulieren die Suche nach solchen Erklärungsmodellen, die sich bei näherer Betrachtung im wesentlichen lediglich als modifizierte ältere antimarxistische Deutungen erweisen. Schließlich wird unter den neuen Bedingungen verschärfter ideologischer Klassauseinandersetzungen das bisherige methodologische Arsenal als nicht mehr ausreichend angesehen, sieht sich die bürgerliche und reformistische Historiographie dazu genötigt, bei ihren Interpretationsversuchen stärker als bisher ökonomische und sozialgeschichtliche Aspekte zu berücksichtigen.

Die Intensität, die in sich widersprüchliche Vielfalt, vor allem aber die Erfolglosigkeit aller Bemühungen westdeutscher Historiker um „neue“ Imperialismuserklärungen lassen bereits erkennen, daß die von ihnen immer wieder aufgestellte Behauptung, die Leninsche Imperialismustheorie lasse „sich heute mühelos widerlegen“⁶, nicht mehr als eine der eigenen Beruhigung und der Irreführung der Volksmassen dienende Beschwörungsformel geblieben ist. Selbstkritische Urteile zum Stand der Imperialismusdebatte wie die, daß sich alle bisherigen Anstrengungen als „Stoß ins Leere“ erwiesen hätten, weil die „neuen“ Theorien im Grunde nur modifizierte alte Modelle seien, daß die Debatte eigentlich nur „wieder auf den Stand zurückgebracht worden wäre, den John Atkinson Hobson um die Jahrhundertwende zu überwinden trachtete“, daß Imperialismusforschung wieder „vornehmlich Imperialismuskritik“ sei,⁷ [14] kennzeichnen das zwangsläufige Dilemma aller dieser Bestrebungen, verringern jedoch nicht deren reaktionäre ideologische Auswirkungen und machen eine intensive Auseinandersetzung mit ihnen nicht überflüssig.

In der vorliegenden Broschüre geht es dem Verfasser nicht darum, die theoretischen Gedankengebäude bürgerlicher Imperialismustheorien vollständig und ausführlich zu erörtern. Vielmehr sollen anhand einiger repräsentativer Darstellungen der westdeutschen Geschichtsschreibung der letzten Jahre zur deutschen Geschichte von 1898 bis 1917, in denen die Verfasser explizit Imperialismusdeutungen versuchten oder sich zum Imperialismusbegriff äußerten, die wichtigsten gegenwärtigen konkreten Erscheinungsformen der bürgerlichen und sozialreformistischen Imperialismusapologie vorgestellt und kritisch untersucht werden.

[15]

⁶ Winfried Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1890 bis 1914). Grundkräfte, Thesen und Strukturen, hrsg. von Walther Hubatsch, Frankfurt/M.-Wien-(West-)Berlin 1972, S. 34.

⁷ Helmut Rumpler, Zum gegenwärtigen Stand der Imperialismusdebatte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 5/1974, S. 266 (mit Bezug auf Hans-Ulrich Wehler) u. S. 271.

Der gemeinsame Nenner: Verteufelung und Entstellung der Leninschen Imperialismustheorie

„... nicht nur im kommunistischen Bereich hat sich die (Leninsehe) Imperialismustheorie als überaus geschichtsmächtig erwiesen, auch in den Entwicklungsländern beherrschenden Vorstellungen von einem ausbeuterischen imperialistischen Weltsystem das politische und ökonomische Denken der zumeist sozialistisch beeinflussten Eliten ... Der ‚Kampf gegen den Imperialismus‘ ist für die ‚Dritte Welt‘ zur verbindenden Losung geworden. Und schließlich ist auch das Imperialismusbild in den westlichen Ländern, ob bewußt oder unbewußt, stark von den sozialistischen Interpretationen beeinflusst.“

Hans-Christoph Schröder, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914, Teil 1, Hannover 1968, S. 24.

Alle bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Verfechter „neuer“ Imperialismusdeutungen verfolgen explizit oder implizit das Ziel, die Imperialismustheorie W. I. Lenins zu widerlegen, weil sie – wie Hans-Christoph Schröder, ein Schüler Theodor Schieders, einräumen muß – „historisch besonders wirksam gewesen ist und auch heute noch viele Anhänger findet“,⁸ weil sich ihre die Massen mobilisierende revolutionierende Kraft für die herrschenden Klassen der imperialistischen Staaten als ernste Gefahr, für die Arbeiterklasse und die anderen unterdrückten Klassen und Schichten sowie für die um ihre nationale Befreiung ringenden Völker jedoch als ein weltverändernder realer Machtfaktor im antiimperialistischen Kampf erwiesen hat.

Obwohl die Weltgeschichte der vergangenen Jahrzehnte die Richtigkeit der Leninschen Imperialismustheorie immer wieder [16] aufs neue in der gesellschaftlichen Praxis offenbart und damit ihre Wissenschaftlichkeit unter Beweis gestellt hat, werden bürgerliche und rechtssozialdemokratische westdeutsche Historiker ungeachtet der Mißerfolge ihrer Bestrebungen nicht müde, die von Lenin erkannten Gesetzmäßigkeiten der imperialistischen Entwicklung als unwissenschaftlich zu diffamieren und ihre Gültigkeit zu bestreiten. Dabei richtet sich ihr Hauptangriff verständlicherweise gegen die entscheidende Erkenntnis Lenins, daß das Monopol „die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus“ bildet, daß der Imperialismus „seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus“ ist.⁹ Ziel dieser Bestrebungen ist es, Monopolkapital und Imperialismus als zwei ursächlich voneinander unabhängige Erscheinungen hinzustellen.¹⁰

Das findet bereits seinen Ausdruck darin, daß in der einschlägigen historischen Literatur der BRD der Begriff „Monopolkapitalismus“ tunlichst vermieden¹¹ und – häufig zugleich auch der Imperialismusbegriff – durch verschwommene beschönigende oder das ökonomische Wesen des Imperialismus verschleiende Begriffe wie „Industriegesellschaft“, „industriebürgerliche Gesellschaftsordnung“, „neuer produktionsintensiver industrieller Kapitalismus“, „industrielle Konsumgesellschaft“, „Maschengesellschaft“ oder „oligopolitischer organisierter Kapitalismus“ ersetzt wird. Apologetische Historiker der BRD weisen ausdrücklich jede Assoziierung des Imperialismusbegriffs mit Ausdrücken wie „Kolonialismus“, „Monopolkapitalismus“, „Faschismus“ und „Neokolonialismus“ mit der aufschlußreichen Begründung zurück, der Imperialismusbegriff erfahre durch solche Assoziationen der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie „einen Hang zum Unausweichlichen“.¹²

⁸ Hans-Christoph Schröder, Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte, Göttingen 1973, S. 5. – Schröder begründet die Konzentration seiner Kritik auf die Imperialismustheorie Lenins ausdrücklich mit dem Hinweis auf deren besonders nachhaltige historische Wirksamkeit (ebenda). Ähnlich muß auch Winfried Baumgart eingestehen, daß Lenins Imperialismustheorie heute noch vertreten wird, „weil sie eine geradlaufende und scheinbar überzeugende Erklärung für ein schier unentwirrbares Problem“ anbiete (Winfried Baumgart, Zur Theorie des Imperialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B. 23/1971 v. 5.6.71, S. 4).

⁹ W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 189 ff., 280, 304 f.

¹⁰ Heinz Jung, Imperialismus und Imperialismustheorie, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 4/1974, S. 61.

¹¹ Siehe z. B.: Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neubearb. Aufl., hrsg. von Herbert Grundmann, Bd. 3: Von der Französischen Revolution bis zum ersten Weltkrieg, bearb. von Karl Erich Born, Max Braubach, Theodor Schieder, Wilhelm Treue, Stuttgart 1970, S. 329 ff.

¹² Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. von C. D. Kernig, Bd. 3, Freiburg-Basel-Wien 1969, Sp. 26.

Der Angriff bürgerlicher und rechtsopportunistischer Historiker gegen die geschichtsmächtige Imperialismustheorie W. I. Lenins – ein vergeblicher Versuch, der Unausweichlichkeit der objektiven Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus zu entgehen – basiert, wie bereits an dieser Begriffsverwirrung erkennbar wird, auf der bürgerlich-imperialistischen Lehre von der „Industriegesellschaft“, der gesellschaftstheoretischen und historisch-politischen Grundkonzeption der bürgerlichen und rechtsopportunistischen BRD-Historiographie zur Geschichte der neueren und neuesten [17] Zeit. Die Lehre von der „Industriegesellschaft“ stellt die Technik als historische Haupttriebkraft des 19. und noch mehr des 20. Jahrhunderts hin, deutet die Entwicklung des Kapitalismus als einen evolutionären Prozeß, in dem sich fortschreitende Industrialisierung mit zunehmender Demokratisierung verbinde, und sucht das zutiefst reaktionäre, gewalttätige, anarchische Wesen seines monopolistischen Stadiums als „organisierten“, in Richtung auf den Sozialismus reformierbaren Kapitalismus zu erklären. Sie ermöglicht die Manipulation, sowohl die unterschiedlichen sozial-ökonomischen Phasen des Kapitalismus der freien Konkurrenz und des Monopolkapitalismus als auch die Gesellschaftsformation des Sozialismus unter dem Oberbegriff „Industriegesellschaft“ zu subsumieren und so die unterschiedlichen Produktionsverhältnisse sowie die Wechselwirkungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu ignorieren, die historische Mission der Arbeiterklasse sowie ihre revolutionäre Führungsrolle zu leugnen und überhaupt die Gesetzmäßigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus zu bestreiten.¹³ Diese Lehre bildet das Kernstück der als „neue Auffassung von der Gesellschaft“ deklarierten „strukturorientierten“ Sozialgeschichte. Diese „besondere Sehweise“, mit deren Hilfe – wie Waldemar Besson formuliert hat – der „prozeßhafte Wandel der gesellschaftlichen Strukturen“ sowie der „innere Bau, die Struktur der menschlichen Verbände“ erforscht und dargestellt werden soll,¹⁴ orientiert auf das Erfassen und Beschreiben oberflächlicher gesellschaftlicher Erscheinungen und erlaubt deshalb nur Teilerkenntnisse.

So steht im Mittelpunkt der strukturorientierten Untersuchungen der „Industriegesellschaft“ nicht die Analyse der Dialektik zwischen Basis und Überbau, sondern von „sozio-ökonomischen und politischen Strukturen“. Die Verfälschung der Basis-Überbau-Dialektik in eine bloße Strukturrelation, die zudem metaphysisch aufgefaßt wird, soll die Dialektik zwischen Basis und Überbau leugnen.¹⁵ Dabei wird mit dem Hinweis auf die Komplexität der Geschichte der „Pluralismus“¹⁶, die Vielfalt der Methoden als einziger Zugang zur Erkenntnis gepriesen.

Diese methodologische Grundposition, die sich als Gegenkonzeption zur marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft [18] versteht und sich gegen die Grundprinzipien des Historischen Materialismus richtet, liegt auch den vielfältigen Versuchen „neuer“ Imperialismusdeutungen zugrunde. Dabei wird die Leninsche Imperialismustheorie als eine „einlinige“, „rein ökonomische Theorie“ hingestellt,¹⁷ welche die „ausschließliche ökonomische Determiniertheit des modernen Imperialismus“ behaupte.¹⁸

Die Verteufelung des Historischen Materialismus als eine „rein ökonomische“ Theorie ist nicht neu. Schon Friedrich Engels antwortete auf derartige reaktionäre Attacken 1890: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich behauptet. Wenn nun

¹³ Siehe dazu: Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, hrsg. von Gerhard Lozek, Helmut Meier u. a., zweite durchges. Aufl., Berlin 1971, S. 24 ff.; Günther Rose, „Industriegesellschaft“ und Konvergenztheorie. Genesis, Strukturen, Funktion, Berlin 1971; Günter Wettstädt, „Industriegesellschaft“ – „Ostpädagogik“ – Antikommunismus (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hrsg. von Manfred Buhr, Bd. 16), Berlin 1972; Gerhard Lozek, Neueste Tendenzen in der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung und -ideologie (Eine informatorische Analyse), in: Einheit, 10/1970, S. 1334 ff., bes. S. 1336 f.

¹⁴ Geschichte, hrsg. von Waldemar Besson, Frankfurt/M. 1961, S. 27, 313 ff.

¹⁵ Siehe dazu: Adolf Bauer/Herbert Crüger/Gisela Koch/Christian Zak, Basis und Überbau der Gesellschaft, Berlin 1974, S. 56 ff.

¹⁶ Siehe dazu: Arno Winkler, Das Wesen der bürgerlichen Konzeption vom „politischen Pluralismus“, in: Staat und Recht, 7/1969, S. 1084 ff.

¹⁷ Vgl. z. B.: Winfried Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus, S. 34 f.

¹⁸ Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Sp. 50.

jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, absurde Phrase.“¹⁹

Der völlig haltlose Vorwurf der Monokausalität, der gerade in jüngster Zeit immer wieder kolportiert wird, richtet sich gegen die Enthüllung der objektiven Dialektik des historischen Entwicklungsprozesses, der im monopolistischen Stadium des Kapitalismus verwurzelten Unausweichlichkeit der Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus. Er soll den wachsenden ideologischen Einfluß der marxistisch-leninistischen Imperialismusanalyse eindämmen und die Bevölkerung der BRD für „moderne“ Imperialismusdeutungen apologetischen Charakters, die der Bewahrung dieses volksfeindlichen Systems dienen, aufnahmebereit machen.

Der Vorwurf der Monokausalität entstellt bewußt das der Leninschen Imperialismusanalyse zugrunde liegende methodologische Prinzip der materialistischen Dialektik, das Friedrich Engels im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik so formulierte: „Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, daß die ökonomische Lage *Ursache*, *allein aktiv* ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf der Grundlage der *in letzter Instanz* stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit.“²⁰ In völliger Übereinstimmung mit [19] Engels schrieb Lenin: „... jeder politische Überbau ... dient in letzter Instanz der Produktion und wird in letzter Instanz durch die Produktionsverhältnisse der jeweiligen Gesellschaft bestimmt.“²¹

Die den Imperialisten so suspekten Geschichtsmächtigkeit der Leninschen Imperialismustheorie beruht gerade auf der adäquaten Widerspiegelung eben dieser objektiven Dialektik, auf der Erkenntnis, daß das politische, bis heute grundsätzlich unveränderte Wesen des Imperialismus, sein Drang nach Gewalt und Reaktion, „in letzter Instanz“ vom Monopolkapital, vom Finanzkapital verursacht wird und daß jeder „Kampf“ gegen die Politik der Trusts und Banken, der die ökonomischen Grundlagen der Trusts und Banken unangetastet läßt, ... auf bürgerlichen Reformismus und Pazifismus... auf harmlose und fromme Wünsche hinausläuft“.²²

Im vollen Bewußtsein dieser Tatsachen und unfähig, sie überzeugend zu widerlegen, greifen bürgerliche und rechtssozialdemokratische Historiker zu Methoden irreführender Verketzerung des marxistisch-leninistischen Imperialismusbildes. Dabei verschweigen sie alle, daß es Lenin selbst war, der sich – zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit der Lehre Karl Kautskys vom „Ultraimperialismus“ – entschieden gegen einen „rein ökonomischen Standpunkt“ wandte²³ und immer wieder auf die Wirklichkeit mit ihrer „ungeheuren Mannigfaltigkeit ökonomischer und politischer Bedingungen“ hinwies, die es zu beachten gelte.²⁴ Sie alle ignorieren, daß Lenin unmittelbar im Anschluß an seine bekannte ökonomische Definition des Imperialismus²⁵ betonte, der Imperialismus könne und müsse anders definiert werden, „wenn man nicht nur die grundlegenden rein ökonomischen Begriffe ... im Auge hat, sondern auch den historischen Platz dieses Stadiums des Kapitalismus“, und daß der Imperialismus politisch nicht nur Drang nach Annexionen, sondern „überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion“ ist.²⁶

Bemüht, die entscheidende These der Leninschen Imperialismustheorie zu widerlegen, daß die Monopole „in letzter Instanz“ imperialistische Politik hervorbringen, daß sie zusammen mit ihrer Oligarchie, ihrem Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, ihrer Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche [20] oder mächtige Nationen „jene Merkmale des Imperialismus“ erzeugen, „die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen

¹⁹ Marx/Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 463, Friedrich Engels an Joseph Bloch, 21.9.1890.

²⁰ Marx/Engels, Werke, Bd. 39, Berlin 1968, S. 206, Friedrich Engels an W. Borgius, 25.1.1894

²¹ W. I. Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, in: Werke Bd. 32, Berlin 1961, S. 70.

²² Ders., Werke, Bd. 22, S. 275.

²³ Ebenda, S. 276 ff. – Natürlich wird auch völlig ignoriert, daß Lenin –wie er im Vorwort seiner Imperialismus-Arbeit schrieb – wegen der zaristischen Zensur genötigt war, sich „strengstens auf die ausschließlich theoretische – insbesondere die ökonomische – Analyse zu beschränken“ und „die wenigen notwendigen Bemerkungen über die Politik mit größter Vorsicht“ zu formulieren (ebenda, S. 191).

²⁴ Ebenda, S. 278.

²⁵ Ebenda, S. 270 f.

²⁶ Ebenda, S. 271 ff.

Kapitalismus zu kennzeichnen“,²⁷ sehen sich bürgerliche und rechtssozialdemokratische Historiker zu einer solchen verfälschenden Interpretation gezwungen. Mehr oder weniger müssen sie neuerdings alle eingestehen, daß den „wirtschaftlichen Entwicklungskomponenten“ eine „zentrale Funktion“ zukommt,²⁸ daß der Imperialismus „im Heraufkommen der industriellen Gesellschaft“ wurzelt,²⁹ daß für seine Entstehung „ökonomische Motivationen“ eine wichtige Rolle spielen,³⁰ daß er nur als „Folge des Industriekapitalismus“ begreifbar sei³¹ oder daß er als „ein Ergebnis der Entwicklung von industriewirtschaftlichen Gesellschaftssystemen“ aufgefaßt werden müsse.³² Keiner kann mehr leugnen, daß für die Entstehung des Imperialismus die „ökonomische Entwicklung eine wesentliche Rolle“ spielte.³³

Gewisse Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik, zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen und imperialistischer Expansion werden von den bürgerlichen und rechtsopportunistischen Verteidigern des Imperialismus also neuerdings anerkannt.

Jedoch akzeptieren sie dabei zum einen ökonomische „Faktoren“ in Gestalt von Export- und Rohstoffinteressen, industriewirtschaftlich bedingten Wandlungen in der Sozialstruktur, Konzentrationsprozessen etc. gleichsam nur quantitativ und eklektizistisch in ihrer, imperialistische Expansionsbestrebungen begünstigenden, stimulierenden Wirkung, nicht aber qualitativ in Gestalt der durch den Übergang zum Monopolkapitalismus wesentlich veränderten Produktionsverhältnisse als letztlich entscheidende, tiefste Grundlage des Imperialismus. Alle ohne Ausnahme sind nicht bereit, es mit der „letzten Instanz“ zu halten, weil sie damit eingestehen würden, daß es sich beim Imperialismus um die letzte Phase der kapitalistischen Gesellschaftsordnung handelt und so das imperialistische Herrschaftssystem der Gegenwart, das sie mit ihren Imperialismusdeutungen verteidigen, in Frage stellen würden.

So verschiedenartig die Erklärungsmodelle auch sind, die sich aus dieser politischen Grundposition ergeben, sie alle suchen die Politik des Imperialismus von seiner spezifischen Ökonomie zu trennen und so – wie es Lenin in Auseinander-[21]setzung mit Kautsky treffend charakterisierte – den Glauben an eine angeblich mögliche andere bürgerliche Politik auf der gleichen Basis des Finanzkapitals zu nähren und die Vorstellung zu erwecken, „als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nichtmonopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik“.³⁴

Zum anderen weisen bürgerliche und rechtsopportunistische Historiker dem ökonomischen „Motivbündel“ einen untergeordneten, höchstens gleichen Stellenwert unter vielen anderen Motivbündeln zu und bestreiten eine dominierende oder letztlich entscheidende Rolle ökonomischer Faktoren.

Mit dem Argument, die vielschichtige Erscheinung des Imperialismus schließe den „Zugriff“ durch eine einzige Theorie aus, huldigen alle Imperialismus-Apologeten statt dessen einem „Pluralismus des gedanklichen und methodischen Ansatzpunktes“.³⁵ Das bezieht sich nicht nur darauf, daß jeder Historiker diesen Ansatzpunkt individuell bestimmt, sondern auch darauf, daß der dem bürgerlichen Historismus immanente subjektivistische Ansatzpunkt neuerdings zumeist auch in sich selbst pluralistisch ist. Ein ganzes Bündel von Ansatzpunkten wird als verfügbares methodisches Instrumentarium zur wahlweisen Nutzung bei der Sektion der vielschichtigen Erscheinung des Imperialismus betrachtet. Imperialismus erscheint dann als eine aus vielen im Grunde gleichwertigen Faktoren zusammengesetzte Erscheinung.³⁶ „Es ist nicht vornehmlich Aufgabe des Historikers, allgemeine Hypothesen, ‚kritische Theorien‘ und dergleichen aufzustellen und ihre allgemeine Anwendbarkeit anhand einer

²⁷ Ebenda, S. 304 f.

²⁸ Helmut Rumpler, S. 266.

²⁹ Der moderne Imperialismus, hrsg. und eingel. von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart-(West-)Berlin-Köln-Mainz 1971, S. 10.

³⁰ Wolfgang J. Mommsen, Der moderne Imperialismus als innergesellschaftliches Phänomen. Versuch einer universalgeschichtlichen Einordnung, in: Der moderne Imperialismus, S. 16.

³¹ Hans-Christoph Schröder, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914, T. 1, Hannover 1968, S. 7.

³² Imperialismus, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln-(West-)Berlin 1970, S. 11.

³³ Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, S. 329.

³⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 274.

³⁵ Lutz Kühner, S. 122.

³⁶ Winfried Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus, S. 45.

mehr oder minder großen Zahl von Beispielen zu demonstrieren“, schreibt Winfried Baumgart, der den zum Beispiel von Hans-Ulrich Wehler unternommenen Versuch einer „Theorie“ ablehnt, „sein weniger anspruchsvolles, im allgemeinen aber mühseliges Metier ist es vielmehr, das einzelne historische Ereignis zu analysieren, die Motive für sein Zustandekommen in ihrem unterschiedlichen Stärke- und Schwähegrad herauszuschälen, Zusammenhänge mit den es umlagernden Ereignissen aufzuzeigen, sein Fortwirken zu verfolgen und auf weiteren Wegen und Umwegen zu einer möglichst umfassenden Zusammenschau zu gelangen“.³⁷

Mit dieser Behauptung wird nicht nur die Schwäche dieser Position getarnt, sondern zudem jede von theoretischen Grund-[22]erkenntnissen ausgehende Forschung als unseriös diffamiert. Es braucht eigentlich nicht besonders betont zu werden, daß ein auf gesicherten grundlegenden Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses basierender theoretischer Ansatz den Historiker einer exakten Analyse der einzelnen historischen Ereignisse nicht nur nicht enthebt, sondern ihn zu einer viel eingehenderen Untersuchung nicht nur der einzelnen Ereignisse, sondern ihres dialektischen Zusammenhanges zwingt, und daß bei einem solchen Herangehen die „Zusammenschau“ nur eine Vorstufe im Erkenntnisprozeß bildet.

Bei den Versuchen einer „neuen“ Imperialismusdeutung, auf die wir uns hier konzentrieren, huldigen alle beteiligten bürgerlichen und rechtsopportunistischen westdeutschen Historiker, ob sie nun nach einer Theorie suchen oder nicht, einem Faktorenpluralismus. Indem sie eine einseitige machtpolitische Sicht neuerdings aufgeben, nehmen sie im Vergleich zu früher flexiblere Positionen ein. Bei näherer Betrachtung der Argumente, die sie dabei im einzelnen gegen das Kernstück der Leninschen Imperialismustheorie vortragen, werden – ungeachtet einer generellen Kombination verschiedener Motivationskomponenten – insofern unterschiedliche konzeptionelle Positionen erkennbar, als den ökonomischen Faktoren ein größerer oder kleinerer Stellenwert zugemessen und die Bedeutung bestimmter Faktoren besonders hervorgehoben wird.

Eine mehr der konventionellen, konservativ-nationalistischen Strömung der bürgerlichen Historiographie zuneigende Auffassung vertritt dabei zum Beispiel Winfried Baumgart, der dafür plädiert, den Imperialismus als eine aus ökonomischen, sozialökonomischen und sozialpsychologischen Motiven, dem Prestigedenken „und noch weiteren zu nennenden Kräften zusammengesetzte Erscheinung“ aufzufassen,³⁸ bei der sich ökonomische und politische Triebkräfte kreuzen, durchdringen und bedingen, ohne daß von der generellen Dominanz nur einer einzigen Kraft die Rede sein könne.³⁹ Baumgart veranschlagt die Bedeutung der ökonomischen Triebkräfte sehr gering. In der imperialistischen Politik erblickt er „kein neuartiges Phänomen“, sondern lediglich eine Fortsetzung der „europäischen Großmächtepolitik“. Indem er betont, daß er dem Faktor der „Mächterivalität“ von allen Erklärungsmöglichkeiten den Vorzug gebe,⁴⁰ offenbart er eine von der herkömmlichen konservativ-nationalistischen Imperialismusdeutung wenig abweichende Position.

Mit einer solchen Imperialismusdeutung, die ihre germanozentristische und europazentristische Enge immer wieder erkennbar macht, berührt sich eng das maoistische „links“opportunistische Imperialismusbild, das den Imperialismusbegriff völlig von seiner ökonomischen Basis trennt und den Imperialismus – mit eindeutig antisowjetischer Spitze – völlig unabhängig von Gesellschaftsformationen als Großmachtspolitik schlechthin deutet. Mit dem Argument, der Kampf der „Supermächte“ UdSSR und USA bilde heute die größte Kriegsgefahr, und mit der Behauptung, die Sowjetunion sei ein imperialistischer Staat,⁴¹ wird der Imperialismus zu einem rein machtpolitischen Phänomen entstellt.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Ebenda, S. 22, 45.

⁴⁰ Ders., Zur Theorie des Imperialismus, S. 10.

⁴¹ Zur „links“opportunistischen Imperialismusdeutung siehe z. B.: Genia Nobel, Die antimarxistische Politik des Maoismus, in: Einheit, 2/1972, S. 198 ff., bes. 206 ff.; [Rolf Max, Zum politisch-ideologischen Wesen des Maoismus \(Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hrsg. von Manfred Buhr, Bd. 47\), Berlin 1974](#); [Robert Steigerwald, Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen. Lenin-Verfälschung in der BRD / „Links“-revisionistische Sozialismus-Kritik / Bürgerliche Ideologie in linker Verkleidung / Antikommunismus – seine Grundmythen und Grundmechanismen \(Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hrsg. von Manfred Buhr, Bd. 15\), Berlin 1972](#).

Die Existenz des Maoismus und insbesondere seine Imperialismusdeutung sind wiederum für die bürgerliche und rechtsopportunistische Historiographie, die sich nur allzugern der Propagandalosung vom „Sowjetimperialismus“ bedient, gleichzeitig wichtige Bezugspunkte für ihre Angriffe auf die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie.⁴²

Einer Deutung, die konventionelle machtstaatliche Elemente mit sozialgeschichtlichen verbindet, neigt Wolfgang J. Mommsen zu. Auch er mißt den ökonomischen Faktoren einen untergeordneten Stellenwert bei. In der imperialistischen Expansion erblickt er keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Er deutet sie als „ein Nebenprodukt der überschäumenden wirtschaftlichen und politischen Dynamik Europas“. Schwerlich könne sie als „eine immanente Tendenz des sich eben erst herausbildenden industriellen Systems“ angesehen werden.⁴³ Das Finanzkapital, das dem Imperialismus mißtraut und nicht lautstark nach einer Politik der imperialistischen Ausdehnung gerufen habe,⁴⁴ sei nicht notwendig imperialistisch gewesen.⁴⁵ Die eigentlichen Ursachen für die Entstehung des Imperialismus erblickt Mommsen „in den politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Industriestaaten jener Epoche“⁴⁶, in der „Zunahme nationaler Rivalitäten, die auch die wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Mächte nicht unberührt lassen konnte“.⁴⁷ Nicht die „unmittelbaren ökonomischen Interessen“, sondern das „Interesse an der Erhaltung der gesellschaftlichen und politischen Struktur“ sei für gewisse zeitweilige imperialistische Aktivitäten des Finanzkapitals im ersten Weltkrieg maßgebend gewesen.⁴⁸

[24] Abgesehen davon, daß auch die von Mommsen beschworenen „Strukturen“ in der monopolkapitalistischen Ökonomik verwurzelt waren, muß dieser angesichts des erdrückenden Beweismaterials gegen seine These aber einräumen, daß „die Wirtschaft“ unmittelbar vor und während des ersten Weltkrieges „in das Lager des extremen Imperialismus hinübergewechselt“ wäre und die wirtschaftlichen Interessen der Großindustrie nach Kriegsausbruch „vollends mit den Zielen der radikalen imperialistischen Gruppen“, die er nicht näher bestimmt, zusammengefallen seien.⁴⁹ Die Widersprüchlichkeit einer solchen Interpretation sucht er durch den erstaunlichen Schluß zu überdecken: „Ungeachtet des extremen Nationalismus des Zeitalters entwickelte der Kapitalismus, seinem wahren Wesen gemäß, Formen internationaler Kooperation, die, wäre nicht der Erste Weltkrieg dazwischengekommen, auf die internationalen Beziehungen entschärfend hätte wirken können.“⁵⁰ Mit diesem „Argument“ offenbart Mommsen die Haltlosigkeit seiner Imperialismusdeutung selbst.

Die Ergebnisse bisheriger bürgerlicher Imperialismusdeutungen resümierende Forderung Lutz Köllners, die Nichtmarxisten müßten zeigen, daß bei enger Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat imperialistische Neigungen verblaßten und daß es nur zeitweilig Zusammenhänge zwischen Finanzkapital und politischer Willensbildung gebe,⁵¹ zeugt von der Aussichtslosigkeit aller Versuche, die Tatsache zu verdecken, daß Imperialismus monopolistischer Kapitalismus ist.

Eine der Deutung Mommsens ähnliche naive Erklärung wird in dem von Theodor Schieder und Wilhelm Treue bearbeiteten Weltkriegskapitel des Gebhardtschen Handbuches der deutschen Geschichte mit der Behauptung gegeben, der deutschen Politik vor 1914 habe kein durchdachtes imperiales Programm zugrunde gelegen, „sondern einfach das Bestreben, Deutschlands Stimme bei der Aufteilung der Erde zur Geltung zu bringen und bei kolonialen Neuerwerbungen anderer Mächte Kompensationen zu erwerben, damit Deutschland gegenüber den anderen nicht ins Hintertreffen gerate“. Deutschland, so lautet der lakonische Schluß, „sollte eben auch Weltmacht sein wie England, Frankreich und Rußland“.⁵² Mit den Worten „einfach“ und „eben auch“ offenbaren die Autoren des Handbuches ihre

⁴² Vgl. z. B.: George Lichtheim, Imperialismus, München 1972, S. 111 f.

⁴³ Wolfgang J. Mommsen, Der moderne Imperialismus als innergesellschaftliches Phänomen, S. 16.

⁴⁴ Ebenda, S. 17.

⁴⁵ Ebenda, S. 19.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ebenda, S. 20.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Ders., Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt/M. 1969, S. 62.

⁵¹ Lutz Köllner, S. 120, 117.

⁵² Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, S. 331.

Hilflosigkeit, das „Phänomen“ des Imperialismus [25] auch nur einigermaßen plausibel entsprechend ihrer politischen Zielsetzung zu deuten, in besonders erstaunlichem Ausmaß.

Einige westdeutsche Historiker suchen die Lösung des Problems einer „neuen“ antimarxistischen Imperialismusdeutung in der Richtung, „daß den wirtschaftlichen Entwicklungskomponenten zwar eine zentrale, aber nicht eine ursächliche, sondern lediglich eine verstärkende Funktion“ zugewiesen wird.⁵³ Eine solche Konzeption vertritt zum Beispiel Theodor Schieder, wenn er den Imperialismus als „Potenzierung ursprünglich vorhandener machtstaatlich-politischer Tendenzen durch ökonomische“ definiert.⁵⁴ Aber auch Schieder erblickt in nichtökonomischen Motiven, vor allem in einem „Denken, das die Ausdehnung über die Welt für notwendig und wünschenswert hält und in ihr einen schicksalhaften Auftrag der Europäer sieht“,⁵⁵ besonders gewichtige Antriebskräfte imperialistischer Politik.

Zum Unterschied von den bisher erwähnten Historikern sozialreformistisch orientiert, betrachtet auch Hans-Ulrich Wehler den Imperialismus als Komplexphänomen, das mit Hilfe eines einzigen theoretischen Zugriffs, gleich, ob man dabei von einem ökonomischen oder machtpolitischen Ansatz ausgehe, von vornherein nicht befriedigend untersucht werden könne. Erst im Rahmen einer „gleichsam multidimensionalen Theorie“ könne die empirische Analyse seine wichtigsten Bezugskräfte und Auswirkungen zu enthüllen versuchen.⁵⁶

Seine stark sozialgeschichtlich bestimmte „kritische Theorie“ berücksichtigt jedoch in höherem Maße als die bisher erwähnten Deutungsversuche – im Rahmen der Theorie von der Industriegesellschaft – ökonomische Faktoren. Dabei sieht er aber zum einen in dem „wirtschaftlichen Motivbündel“ ebenfalls nur einen – und zwar untergeordneten – Teil der „Antriebskräfte“ des Imperialismus.⁵⁷ Zum anderen erblickt er entsprechend der Theorie vom „organisierten Kapitalismus“ diese ökonomischen Antriebskräfte nicht im Monopolkapitalismus, sondern in Großunternehmungen schlechthin, gleich ob Familienbetriebe, Aktiengesellschaften oder Monopole, und setzt den Beginn des Imperialismus dementsprechend bereits für die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts an.⁵⁸ Auf diese Weise wird das entscheidende ökonomische Wesen des Imperialismus von vornherein entstellt. Demgegenüber vertritt Wehler die Auffassung vom „Primat des Sozialimperialismus“ als „wichtigstem Moti-[26]vationsstrang“ des deutschen Imperialismus,⁵⁹ den er dann schließlich primär als „Strategie und Mittel defensiver Herrschaftsstabilisierung“ deutet.⁶⁰

Obwohl Wehler zugeben muß, daß „der expandierende Industriekapitalismus alle Beschwörungen eines Sättigungszustandes der deutschen Politik gleichsam von innen her unterließ“ und die „qualitative Veränderung deutscher Außenhandelsinteressen“ einen „Unruhefaktor“ in die Außenpolitik eingeführt habe, behauptet er, es sei „eine noch ungeklärte Frage der politischen Sozialgeschichte“, was der „Konzentrationsprozeß für die kleiner werdende Führungsgruppe in Industrie- und Bankwesen,

⁵³ Helmut Rumpler, S. 266.

⁵⁴ Theodor Schieder, Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäischer Weltpolitik bis zum 1. Weltkrieg (1870-1918), in: Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 6, hrsg. von Theodor Schieder, Stuttgart 1968, S. 84.

⁵⁵ Ebenda, S. 85.

⁵⁶ Hans-Ulrich Wehler, Der amerikanische Imperialismus vor 1914, in: Der moderne Imperialismus, S. 173.

⁵⁷ Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973, S. 173

⁵⁸ Ebenda, S. 50. – Siehe dazu: W. S. Semjenow, Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, Berlin 1972, S. 49 ff. – Semjenow stellt u. a. fest: „Der wichtigste Grund für die Unwissenschaftlichkeit der bürgerlichen und reformistischen ‚ökonomischen‘ Klassenkonzeption ist, daß sie die Unterschiede der Klassen in ihrer Stellung zu den materiellen Verhältnissen, in der Stellung zu den Produktionsmitteln ignorieren. Obwohl diese Konzeptionen im Vergleich zu den biologischen und psychologischen Erklärungen der Klassen und der sozialen Teilung einen Schritt voran bedeuten, so übergehen sie doch die wesentlichen materiellen Grundlagen der gesellschaftlichen Klassen“ (ebenda, S. 52).

⁵⁹ Imperialismus, S. 26 f., 83 ff. – Von einer solchen Deutung der Ursachen des Imperialismus geht auch Volker R. Berghahn aus, der die 1898 einsetzende Flottenrüstung des imperialistischen Deutschlands einseitig politisch als „innenpolitische Krisenstrategie“, als Versuch ausgibt, das überkommene Machtgefüge zu bewahren und zu stabilisieren, obgleich er einräumen muß, daß die Ursachen des Verlangens „einflußreicher Gruppen“ nach Vermehrung der Flotte, obwohl es sich politisch artikuliert habe, „letztlich im Wirtschaftlichen lagen“ und „Industrie und Handel“ mit Hilfe der Marinerüstungen ein Instrument zur Sicherung ihrer eigenen Ziele hätten gewinnen wollen. (Volker R. Berghahn, Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer imperialistischen Krisenstrategie unter Wilhelm II., Düsseldorf 1971, S. 597, 129)

⁶⁰ Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich, S. 172.

für die Interessenverbände und damit für die Politik bedeutet“ habe,⁶¹ eine Feststellung, die eigentlich seine eigene Schlußfolgerung als verfrüht entwertet. Wehler reduziert den Zusammenhang zwischen Monopolkapital und Staat auf gelegentliche „Protektion“ bestimmter expansiver Wirtschaftsinteressen durch den Staat, der gleichsam als klassenindifferente Erscheinung hingestellt wird, und wendet sich entschieden gegen die revolutionären politischen Schlußfolgerungen der Leninschen Imperialismustheorie, gegen die Charakterisierung des Imperialismus als sterbenden Kapitalismus.⁶²

Hier wird die politische Zielsetzung besonders deutlich erkennbar: die Leugnung der Verwurzelung der reaktionären Politik des imperialistischen Staates im Monopolkapitalismus, die Leugnung der Überlebtheit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Verhinderung ihres revolutionären Sturzes. Wehler erhofft sich von systemimmanenten Reformen eine Überwindung der antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft.⁶³ Alfred G. Meyer spricht offen aus, welche Illusionen durch ein derartiges Imperialismusbild verbreitet werden sollen, wenn er behauptet, die Widersprüche des Kapitalismus seien keineswegs unaufhebbar.⁶⁴

Wie Wehler räumt auch Helmut Böhme zwar ein, der deutsche Imperialismus sei „wohl als Folge des Industriekapitalismus“ zu beurteilen, bestreitet jedoch eine direkte, kausale Beziehung zwischen monopolkapitalistischer Ökonomik und imperialistischer Politik, die er als „eine emotional gesteigerte Ersatzbefriedigung sozialer und wirtschaftlicher Forderungen“ zu erklären sucht.⁶⁵ Allen diesen Deutungen mangelt es an einer überzeugenden Beweisführung. Wenn überhaupt Belege [27] für Behauptungen angeführt werden, so beziehen sie sich auf wenige Beispiele dafür, daß auch politische Motive, ideologische Einflüsse oder soziale Verhältnisse imperialistische Aktivitäten bedingten oder daß sich nicht immer direkte Zusammenhänge zwischen monopolkapitalistischen Forderungen und staatlicher Politik nachweisen lassen. All dies beweist natürlich nicht, daß die Leninsche Imperialismustheorie nicht zutrifft. Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft hat immer wieder betont, daß der Funktionsmechanismus zwischen Ökonomie und Politik kompliziert ist, daß bestimmte Seiten der Überbauaktivitäten zum Teil recht weitläufig mit der Basis verbunden sind,⁶⁶ und sie hat nie behauptet, daß sieh die Interessen der Monopolbourgeoisie auf einem einzigen, nämlich auf einem direkten, unvermittelten Weg vom Finanzkapitalisten zum Staatsmann durchsetzen, wie es von bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Seite immer wieder unterstellt wird.⁶⁷

Helmut Rumpler hat die Frage aufgeworfen, wo denn die Grenze zwischen imperialistischer Herrschaftserweiterung und „schlichtem Außenhandel und Kapitaleexport“ liege. Diese Frage, die von der These ausgeht, nicht jede industriewirtschaftliche Expansion sei schon Imperialismus,⁶⁸ resultiert aus der Reduzierung des bürgerlichen Imperialismusbegriffs auf außenpolitische Expansion und geht damit am eigentlichen Problem vorbei. Sie begreift nämlich den Imperialismus nicht als eine Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, nicht als Entwicklungsetappe des Kapitalismus, sondern sucht ihn als besonderes, gleichsam über „normale“ monopolkapitalistische Aktivitäten hinausgehendes, aus verschiedenartigen strukturellen Antrieben erwachsendes „unnormales“ und damit vermeidbares Expansionsstreben zu deuten.

⁶¹ Ebenda, S. 173, 183, 51.

⁶² Imperialismus, S. 20.

⁶³ Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich, S. 57 ff.

⁶⁴ Alfred G. Meyer, Lenins Imperialismustheorie, in: Imperialismus, S. 123 ff.

⁶⁵ Helmut Böhme, Thesen zur Beurteilung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen des deutschen Imperialismus, in: Der moderne Imperialismus, S. 51

⁶⁶ Vgl. dazu: Adolf Bauer/Herbert Crüger/Gisela Koch/Christian Zak, a. a. O., S. 95 ff.

⁶⁷ Siehe dazu z. B.: Willibald Gutsche, Zum Funktionsmechanismus zwischen Staat und Monopolkapital in Deutschland in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges (1914-1915), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, T. I/1973, S. 63 ff.; ders., Der Einfluß des Monopolkapitals auf die Entstehung der außenpolitischen Konzeption der Regierung Bethmann Hollweg zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, hrsg. von Ernst Engelberg, Horst Bartel u. a., Bd. 5, Berlin 1971, S. 119 ff.; ders., Probleme des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, hrsg. von Fritz Klein, Akademie-Verlag Berlin 1976.

⁶⁸ Helmut Rumpler, S. 265.

Neben den oben behandelten Versuchen, der Wirksamkeit der Leninschen Imperialismustheorie durch deren inhaltliche Verfälschung und durch die Leugnung der entscheidenden ökonomischen Verwurzelung des Imperialismus im Monopol zu begegnen, bedient sich die westdeutsche Historiographie auch anderer Methoden. So sucht Hans-Christoph Schröder die Wissenschaftlichkeit und damit die Allgemeingültigkeit der Leninschen Imperialismustheorie durch die Behauptung in Frage zu stellen, es sei Lenin „vermutlich“ (!) nicht darum gegangen, eine logisch geschlossene, abgerundete Theorie des Imperialis-[28]mus und eine Erklärung seiner letzten Ursachen zu liefern, sondern in erster Linie um „eine Analyse der Weltkriegssituation“, die „politische Gegner widerlegen“ sowie „revolutionäre Schlußfolgerungen“ und „die eigene politisch-taktische Position“ rechtfertigen sollte.⁶⁹

Mit dieser Umfälschung der Leninschen Erkenntnis der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus aus einer „eigenständigen wissenschaftlichen Leistung“ in eine primär von „taktisch-utilitaristischen Motiven“ bestimmte Waffe im politischen Tageskampf⁷⁰ bestreitet Schröder deren Wert als Imperialismusanalyse a priori, um auf diese Weise Zweifel an ihrer Anwendbarkeit in der Gegenwart zu wecken und ihre Geschichtsmächtigkeit zu eliminieren. Die Bezugnahme Lenins auf die konkreten historischen Bedingungen seiner Zeit, sein Ziel, die Welt nicht nur richtig zu interpretieren, sondern sie zu verändern, und sein für einen revolutionären Marxisten ganz selbstverständliches Streben, sich mit der Theorie vorwiegend unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die unmittelbaren Probleme der Praxis des Klassenkampfes zu befassen, genügen Schröder als „Beweis“ für seine irreführende These.

Wie es um die Wissenschaftlichkeit der Beweisführung Schröders bestellt ist, der Kautskys Lehre vom „Ultraimperialismus“ neu zu beleben sucht,⁷¹ verdeutlicht sein Umgang mit dem für ihn maßgeblichen Zitat Lenins. Aus der Äußerung Lenins in seiner im Sommer 1915 geschriebenen Arbeit „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, die allseitige wissenschaftliche Erforschung des Imperialismus, die eben erst begonnen habe und ihrem Wesen nach endlos sei wie die Wissenschaft überhaupt, sei *eine* Sache, die Grundlagen der sozialistischen Taktik gegen den kapitalistischen Imperialismus seien eine *andere*,⁷² mit der sich Lenin angesichts des imperialistischen Krieges gegen langwierige theoretische Diskussionen über den Charakter des *Krieges* (!) wandte, schlußfolgert Schröder, Lenin habe prinzipiell Argwohn gegen die Theorie gehegt und von langwierigen wissenschaftlichen Forschungen nicht viel gehalten, weil er von ihnen eine Lähmung des revolutionären Kampfes befürchtete.⁷³

Schröder ignoriert, daß sich Lenin mit seiner Erklärung gegen die „theoretischen“ Erörterungen der Revisionisten und Zentristen über den Verteidigungscharakter des imperialistischen *Krieges*, gegen ihre Rechtfertigungsversuche wandte, daß [29] er feststellte, „die Frage nach dem imperialistischen, räuberischen, antiproletarischen Charakter des Krieges“ sei „längst über das Stadium hinaus, ... in dem sie eine rein theoretische Frage war“. Mit dem Baseler Manifest von 1912 seien aus den theoretischen Erkenntnissen bereits „taktische Folgerungen gezogen“ worden, und es sei deshalb sophistisch, zu behaupten, der Unterschied zwischen nationaler und internationaler Taktik sei ungenügend erörtert worden. Lenin betonte: Die Erforschung der Einzelheiten der imperialistischen Entwicklung werde immer weiter gehen. Deshalb aber könne man nicht auf den Kampf gegen den Imperialismus verzichten.⁷⁴

Die Kenntnis dieses Zusammenhangs, den Schröder verschweigt, führt dessen Schlußfolgerung ad absurdum. Die Behauptung Schröders wird zudem dadurch widerlegt, daß Lenin seine große, grundlegende theoretische Arbeit über den Imperialismus nur wenige Monate nach der Abfassung des von Schröder als Beweisstück angeführten Artikels in Angriff nahm und sie 1917 veröffentlichte. Der entscheidende Grund dafür war eben gerade Lenins Einsicht, daß ein erfolgreicher Kampf gegen den Imperialismus theoretische Klarheit voraussetze, eine Überzeugung, die unter anderem in dieser Schrift in der Feststellung zum Ausdruck kam, es sei unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung

⁶⁹ Hans-Christoph Schröder, Sozialistische Imperialismusdeutung, S. 49, 54.

⁷⁰ Ebenda, S. 55.

⁷¹ Vgl.: Ebenda, S. 101.

⁷² W. I. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 204.

⁷³ Hans-Christoph Schröder, Sozialistische Imperialismusdeutung, S. 54 f.

⁷⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 204.

der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen, „ohne die ökonomischen Wurzeln des Opportunismus begriffen zu haben“.⁷⁵

Die bürgerlichen und reformistischen Ideologen wetteifern darum, die Leninsche Imperialismustheorie als unhaltbar zu verdammen. Aber sie halten es gar nicht für erforderlich, sich mit dieser Theorie wirklich intensiv zu beschäftigen, ja sie machen sich zumeist gar nicht erst die Mühe, ihre diesbezüglichen Behauptungen exakt zu belegen. Gleichzeitig nehmen sie aber in wachsendem Maße bei Marx, Engels und Lenin Anleihen auf. Eine nähere Betrachtung ihrer Deutungsversuche läßt erkennen, in welchem Maße sie von der von ihnen verfemten Leninschen Imperialismustheorie zehren. Natürlich werden dabei einzelne Elemente aus dem Zusammenhang gerissen, entstellt wiedergegeben und – so zurechtgebogen – nicht selten als Neuentdeckungen ausgegeben. Jürgen Kocka, der seine apologetischen Thesen durch ein „letztlich aus der Marxschen Klas-[30]senanalyse abgeleitetes, allerdings stark stilisiertes und aus dem Kontext des Marxschen geschichtsphilosophischen Denkens weitgehend herausgelöstes“ und in einer für den Zweck antimarxistischer Propaganda „brauchbaren Weise operationalisiertes klassengesellschaftliches Modell“ zu „beweisen“ sucht, hat den „Sinn“ eines solchen Vorgehens recht offenherzig mit der aufschlußreichen Erklärung begründet: Man könne auf diese Weise verbreitete intellektuelle Bedürfnisse in Schule und Öffentlichkeit besser treffen, erfüllen und gleichzeitig kritisch aufklären.⁷⁶ Der Sinn dieses raffinierten Unterfangens besteht also darin, mit pseudomarxistischen Modellen den Marxismus zu widerlegen.

[31]

⁷⁵ Ebenda, Bd. 22, S. 198. – Ähnliche „großzügige“ Auslegungen von Zitaten finden sich in der bürgerlichen, apologetischen Imperialismusliteratur häufig. So interpretiert Andreas Dorpalen z. B. die Forderung W. Gutsche, den Funktionsmechanismus zwischen Ökonomie und Politik bis in alle Einzelheiten bloßzulegen, als ausdrückliches Zugeben des Fehlens konkreter Beweise für den ursächlichen Zusammenhang zwischen Monopolforderungen und Kriegszielpolitik (Andreas Dorpalen, *Geschichtswissenschaft in der DDR*, in: *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, hrsg. von Bernd Faulenbach, München 1974, S. 130; vgl. dazu: *Deutschland im ersten Weltkrieg*, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Arbeitsgruppe erster Weltkrieg, Leitung Fritz Klein, Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche, zweite, durchges. Aufl., Berlin 1970, S. 60 f.).

⁷⁶ Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hrsg. von Helmut Berding, Jürgen Kocka u. a., Bd. 8), Göttingen 1973, S. 3, 143.

Imperialismus als Chamäleon – Verwirrung mit antikommunistischer Tendenz

„Imperialismus, so scheint es, ist ein Grundphänomen der Geschichte überhaupt. Man kann einzelne Imperialismen besiegen. doch solange es in dieser Welt Herrschaft überhaupt gibt, solange wird es auch imperialistische Formen der Machtausübung geben.“

Wolfgang J. Mommsen, „Der moderne Imperialismus“, Stuttgart-(West-)Berlin-Köln-Mainz 1971, S. 13.

Wenn auch nicht in dieser zugespitzten, von Wolfgang J. Mommsen formulierten Form laufen alle „neuen“ bürgerlichen und rechtsopportunistischen sowie „links“opportunistischen Imperialismusdeutungen darauf hinaus, den Imperialismus rein außenpolitisch und damit einseitig als Macht- und Expansionspolitik schlechthin zu bestimmen, die zu ganz verschiedenen Zeiten möglich und durch verschiedenartige Faktoren bedingt sein könne, keinesfalls aber mit monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen in ursächlichen Zusammenhang gebracht werden dürfe.

Niemand bestreitet, daß es bereits vor dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus Formen der Machtausübung gab, wie sie auch im Imperialismus praktiziert werden. Lenin selbst hat darauf hingewiesen, daß zum Beispiel „zwei der wichtigsten Merkmale des Imperialismus – riesiger Kolonialbesitz und Monopolstellung auf dem Weltmarkt –“ in England schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts hervortraten und daß es „Kolonialpolitik und Imperialismus auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus und sogar vor dem Kapitalismus gegeben“ hat.⁷⁷ Entschieden wies er jedoch die schon damals von antikommunistischer Seite praktizierte apologetische Gleichsetzung des höchsten Stadiums des [32] Kapitalismus mit verschiedenartigen, unterschiedlich bedingten Formen politischer Machtausübung vor dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus mit der Feststellung zurück: „Aber ‚allgemeine‘ Betrachtungen über den Imperialismus, die den radikalen Unterschied zwischen den ökonomischen Gesellschaftsformationen vergessen oder in den Hintergrund schieben, arten unvermeidlich in leere Banalitäten und Flunkereien aus ...“ Demgegenüber hob er das Entscheidende hervor: „Die grundlegende Besonderheit des modernen Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer.“⁷⁸ „Das ökonomische Monopol – das ist der Kern der ganzen Sache.“⁷⁹ Dabei wies Lenin nach, daß sich selbst die kapitalistische Kolonialpolitik der früheren Stadien des Kapitalismus wesentlich von der Kolonialpolitik des Finanzkapitals unterscheidet,⁸⁰ daß für das Finanzkapital das Bestreben charakteristisch ist, „nicht nur agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete“ sowie halbkoloniale, halbabhängige Länder zu annektieren und sich sogar Staaten zu unterwerfen, welche die volle politische Unabhängigkeit genießen.⁸¹

Ebenso entschieden wandte sich Lenin schon damals gegen alle Versuche bürgerlicher und opportunistischer Ideologen, den „modernen Imperialismus“⁸² auf ein rein außenpolitisches Phänomen zu reduzieren, wie es die imperialistische Historiographie bis zum heutigen Tage tut. „Die Außenpolitik von der Politik schlechthin zu trennen oder gar die Außenpolitik der Innenpolitik entgegenzustellen“, schrieb er 1916, „ist grundfalsch, unmarxistisch, unwissenschaftlich.“⁸³ Der noch weitergehenden Einengung des Imperialismusbegriffs auf rein territoriale Annexionen stellte er den Nachweis entgegen, daß für das große Finanzkapital auch die „ökonomische Annexion“ ohne die politische realisierbar ist.⁸⁴

⁷⁷ W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 288, 264.

⁷⁸ Ebenda, S. 264.

⁷⁹ Ders., Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: Werke, Bd. 23, S. 34.

⁸⁰ W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 264.

⁸¹ Ebenda, S. 264, 273; Bd. 23, S. 104.

⁸² Den Begriff „moderner Imperialismus“ verwandte Lenin in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen und opportunistischen Ideologen, die den Imperialismusbegriff schon damals durch die Deutung als Machtpolitik schlechthin zu verwässern suchten (vgl. z. B. W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 261, 274).

⁸³ W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 34.

⁸⁴ Ebenda, S. 36.

Der Leninsche Imperialismusbegriff, von dem die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft ausgeht, ist viel umfassender als die vielfältigen bürgerlichen Imperialismusbegriffe. Er bezieht sich nicht nur auf die Politik, oder gar nur auf die Außenpolitik, sondern auf die letzte Etappe der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: „Ökonomisch ist der Imperialismus ... die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und zwar eine Stufe, auf der die Produktion so sehr Groß- und Größtproduktion geworden ist, daß *die freie Konkurrenz vom [33] Monopol abgelöst* wird ... Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung *von der Demokratie zur politischen Reaktion*.“⁸⁵

Die bürgerlichen und opportunistischen Imperialismusbegriffe haben mit diesem wissenschaftlichen Imperialismusbegriff nichts gemein. Mit der Deutung des Imperialismus als „Grundphänomen der Geschichte überhaupt“, als ein „Chamäleon ..., das in jeweils anderer Gestalt wiederkehrt“,⁸⁶ soll der Charakter des mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus am Ende des 19. Jahrhunderts beginnenden Imperialismus als Entwicklungsstadium des Kapitalismus verschleiert und die spezifische Gesetzmäßigkeit seiner Entwicklung widerlegt werden. Hinter einer solch verschwommenen „überzeitlichen“ Begriffsbestimmung verbirgt sich jedoch nicht nur die antikommunistische Tendenz derartiger Theorien; sie bietet zugleich – bewußt oder unbewußt – die „theoretische“ Grundlage für ihre Nutzung bei der antisowjetischen Propaganda.

So einig sich bürgerliche und opportunistische Kritiker der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie in dem Ziel sind, Lenin zu widerlegen, und so weitgehend sie deshalb im politischen und konzeptionellen Ansatz übereinstimmen, so uneinig sind sie sich bei der Beantwortung der Frage, wie der Imperialismus denn nun anders – ihrer Auffassung nach zutreffender – charakterisiert und erklärt werden müsse und welche Triebkräfte ihn bedingen. So entschieden sie behaupten, daß die marxistisch-leninistische Imperialismusanalyse grundsätzlich falsch, dogmatisch, einlinig, unhaltbar usw. sei, so unklar, verschwommen und widersprüchlich sind die von ihnen entwickelten Ersatzdeutungen. Die Meinungsverschiedenheiten beginnen bereits bei der Bestimmung des Imperialismusbegriffs und seiner zeitlichen Anwendung. Besonders groß sind sie bei der Erklärung seiner Triebkräfte. Betrachten wir die diesbezüglichen Ergebnisse einiger typischer Vertreter der westdeutschen Historiographie.

Hans-Christoph Schröder kennzeichnet den Imperialismus als „die sich seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Formen machtstaatlicher Rivalität vollziehende überseeische Expansionsbewegung und die sie überwölbenden rechtfertigen-[34]den Ideologien“, an anderer Stelle kurz „als äußere Expansion im weitesten Sinne“, auf welche die Industriestaaten jedoch heute kaum mehr angewiesen seien.⁸⁷ Schröder, der somit unter Imperialismus lediglich territoriale Annexion verstanden wissen will und auf diese Weise indirekte Formen imperialistischer Expansion als nichtimperialistisch hinstellt, erblickt in imperialistischen „Ideen und Zielsetzungen“ in hohem Maße „eine Reaktion der herrschenden Klasse auf das bedrohliche Anwachsen der Arbeiterbewegung“⁸⁸ und deutet den Imperialismus somit vor allem als Abwehrstrategie.

Für Wolfgang J. Mommsen ist der Imperialismus schlechthin „Expansion der großen Industriestaaten Europas und der USA über den ganzen Erdball“.⁸⁹ Abgesehen von dieser einseitigen außenpolitischen Sicht klammert Mommsen damit zum Beispiel die imperialistische Expansion anderer Staaten wie Japans aus. Die Zeit von 1882 bis 1918 bezeichnet er als Periode des „klassischen Imperialismus“, die Jahre von 1919 bis 1945 als Periode des „verschleierte(n) Imperialismus“ und spricht von der Entwicklung seit 1945 als „Ära des Nachimperialismus“.⁹⁰

In der von Mommsen mitverfaßten Definition des Handbuches „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft“ wird etwas umfassender Imperialismus definiert als „politische Handlungen, die darauf ausgerichtet sind, die Bevölkerung eines fremden Landes mit politischen, militärischen, wirtschaftlichen

⁸⁵ Ebenda, S. 34.

⁸⁶ Der moderne Imperialismus, S. 7, 13.

⁸⁷ Hans-Christoph Schröder, Sozialismus und Imperialismus, S. 7.

⁸⁸ Ders., Sozialistische Imperialismusdeutung, S. 5, 101; ders., Sozialismus und Imperialismus, S. 12.

⁸⁹ Der moderne Imperialismus, S. 7.

⁹⁰ Wolfgang J. Mommsen, Der moderne Imperialismus als innergesellschaftliches Phänomen, S. 14.

und kulturellen Mitteln zu beeinflussen, auszubeuten, abhängig zu machen und zu beherrschen“.⁹¹ Das entscheidende Motiv erblickt Mommsen im Nationalismus, bleibt jedoch die Antwort auf die Frage nach dessen Wurzeln schuldig.

In noch höherem Grade als Mommsen erklärt Winfried Baumgart den Imperialismus als eine rein außenpolitische, vorwiegend im Nationalismus verwurzelte Erscheinung. Baumgart, der den Imperialismus lediglich als ein „Phänomen der europäischen Geschichte“, als „außereuropäische Expansion der europäischen Mächte vom Beginn der 1880er Jahre bis zum Ersten Weltkrieg“, verstanden wissen will, kennzeichnet den Imperialismus als „politisch-territoriale Machtausübung von Staaten über andere, besonders der neuzeitlichen Industriestaaten über koloniale und quasikoloniale Völker“ und schlußfolgert im Widerspruch zu seiner oben zitierten Charakterisierung: [35] „Imperialismus ... ist als Epochen-Signatur nicht nur auf die Zeit vor dem ersten Weltkrieg anwendbar, sondern prinzipiell auch auf andere historische Epochen, in denen Expansion eine Hauptbetätigung eines oder mehrerer Staatswesen ist.“⁹² Mit der Begründung, das Ursachengeflecht sei so unterschiedlich gelagert und das Mischungsverhältnis so mannigfaltig, daß eine einzige Theorie den konkreten historischen Tatsachen stets Gewalt antun müßte,⁹³ umgeht Baumgart eine präzise Analyse der Ursachen des Imperialismus. Bei der Behandlung der verschiedenen Faktoren betont er jedoch den sozialpsychologischen Faktor der „Furcht“ der Mächte voreinander.⁹⁴

Hans-Ulrich Wehler versteht unter Imperialismus „sowohl die direkte, formelle, koloniale Gebiets-herrschaft als auch die indirekte, informelle Herrschaft entwickelter Industriestaaten über die weniger entwickelten Regionen der Erde“⁹⁵ und lehnt eine Einengung des Begriffs auf koloniale Herrschaft ausdrücklich ab. Für ihn beginnt das Zeitalter des Imperialismus bereits 1870 und endet 1945, doch fügt er hinzu, in den Beziehungen zwischen den Industrienationen und der „Dritten Welt“ bestehe bis in die Gegenwart hinein „Herrschaft, deren Genesis in die Frühphase des Imperialismus im 19. Jahrhundert zurückreicht, weiter fort“.⁹⁶

Den „wichtigsten Motivationsstrang“ des Imperialismus sieht Wehler im „Primat des Sozialimperialismus“, der – auf „Ersatzbefriedigung“ abzielend – danach gestrebt habe, den Markt zu erweitern, die Wirtschaft zu sanieren und ihr Wachstum zu gewährleisten, um damit die inneren Machtverhältnisse zu stabilisieren. Imperialismus ist für Wehler vor allem „Strategie und Mittel defensiver Herrschaftsstabilisierung“,⁹⁷ konservative Ablenkungspolitik nach außen als „Palliativ“ gegen systemgefährdete Reformbestrebungen im Inneren, wie sie die „emanzipatorischen Kräfte des Liberalismus“ und die organisierte sozialistische Arbeiterbewegung verkörpert hätten.⁹⁸

Eine solche Erklärung des Imperialismus als „Defensivstrategie“ befürwortet auch Helmut Böhme. Für ihn ist der Imperialismus aber in noch höherem Grade als für Wehler vor allem eine durch die Sozialstruktur bedingte ideologische, politisch-strategische Erscheinung. Während Wehler im Imperialismus eine Strategie sowohl konservativ-agrarischer Kräfte zur Erhaltung überkommener vorindustrieller Gesellschafts- und [36] Machtstrukturen als auch des Industrie- und Bildungsbürgertums zur Unterdrückung des „Vierten Standes“ sieht,⁹⁹ deutet ihn Böhme einseitig als einen vornehmlich den agrar-feudalen Interessen dienenden Versuch der konservativ-agrarischen Kräfte, „mit Hilfe manipulierter Weltmachtansprüche den sozialen Status quo trotz Industrialisierung zu erhalten“.¹⁰⁰ Mit dieser Theorie, die die Expansionspolitik der Monopolbourgeoisie und der Junker in eine antikapitalistische, ja antimonopolistische Abwehrstrategie umzumünzen sucht, wird der Imperialismus eindeutig auf die Zeit vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges begrenzt.

⁹¹ Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Sp. 25.

⁹² Winfried Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus, S. 33; ders., Zur Theorie des Imperialismus, S. 3.

⁹³ Ders., Deutschland im Zeitalter des Imperialismus, S. 34.

⁹⁴ Ebenda, S. 28.

⁹⁵ Imperialismus, S. 11.

⁹⁶ Ebenda, S. 29.

⁹⁷ Ebenda, S. 26 f., 83 ff.

⁹⁸ Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich, S. 172 f.

⁹⁹ Ebenda, S. 173 f.

¹⁰⁰ Helmut Böhme, Thesen zur Beurteilung, S. 54.

Wie nicht anders zu erwarten, gleichen die bisherigen Ergebnisse der Bemühungen um neue Imperialismusdeutungen in der BRD einer buntscheckigen Palette von Komplementärfarben. Die Leugnung der Tatsache, daß das Monopolkapital die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus ist, drängt die bürgerliche und opportunistische Historiographie zwangsläufig in eine Sackgasse des Agnostizismus, stellt sie, wie Lutz Köllner erst unlängst enttäuscht konstatieren mußte, vor die Frage, „ob und inwieweit man überhaupt an der Konstruktion von Imperialismustheorien festhalten soll“, ¹⁰¹ verurteilt sie zu der wissenschaftlich perspektivlosen, politisch-ideologisch aber der Begriffsverwirrung dienenden und deshalb sicher nicht unerwünschten Konzeption, dem „Pluralismus“ des gedanklichen wie des methodischen Ansatzpunktes freien Lauf zu lassen. ¹⁰² Die Hilflosigkeit der bürgerlichen Methodologie offenbart besonders eklatant Hans Herzfeld mit der resignierenden Erklärung, der Imperialismus sei eben ein „schwer durchdringliches Geflecht vor allem politischer und wirtschaftlicher Impulse geblieben.“ ¹⁰³

Sucht man die von westdeutschen Historikern in den letzten Jahren entwickelten apologetischen Imperialismusdeutungen unter dem Aspekt der Ursachenerklärung zu ordnen, so lassen sie sich auf zwei Strömungen zurückführen: Eine mehr konventionell ideologiegeschichtlich orientierte Strömung erblickt die Ursachen imperialistischer Expansion vorwiegend in nationalistischen, im Rivalitätskampf der Staaten wurzelnden Triebkräften. Eine andere, sozialgeschichtlich orientierte Strömung führt den Imperialismus primär auf strategische Momente der Herrschaftsstabilisierung zurück.

[37] Auf Argumente dieser beiden Strömungen, deren Auffassungen gegenwärtig die Imperialismusinterpretation maßgeblich bestimmen, stützen sich die neueren einschlägigen Arbeiten der westdeutschen Historiographie zum deutschen Imperialismus vor 1917 in besonderem Maße, wobei sich ganz verschiedenartige Kombinationen ergeben. Allen diesen Varianten gemeinsam sind die Leugnung der Identität von Imperialismus und Monopolkapitalismus, der Faktorenpluralismus, die Unterschätzung des ökonomischen „Motivationsbündels“ als untergeordneter, höchstens gleichwertiger Faktor neben vielen anderen, die Einengung des Imperialismusbegriffs auf außenpolitische Aktivitäten expansionistischen Charakters und die Suche nach maßgeblichen Ursachen der imperialistischen Expansion außerhalb der materiellen Basis des monopolistischen Stadiums des Kapitalismus.

Wenn bürgerliche und rechtsopportunistische Historiker dabei auch neue Teilerkenntnisse zutage fördern, beschränken sie sich doch durch ihren methodologischen Ansatz selbst auf ideologische, soziale oder politische – im Sprachgebrauch der bürgerlichen Historiographie „strukturelle“ – Erscheinungen, ohne die Frage nach *deren* Ursachen zutreffend beantworten und den Imperialismus komplex erfassen zu können. So ist es nicht verwunderlich, daß – wie Rumpler im Zusammenhang mit Wehlers Theorie vom Sozialimperialismus feststellen muß – die „der ganzen Problematik zugrundeliegende Kernfrage der Kausalverbindung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Faktoren der Entwicklung“ von der bürgerlichen Historiographie bisher „unbefriedigend beantwortet“ wurde und es für sie nach wie vor „offen ist“, ob der Machtkampf der Nationalstaaten die Erweiterung des Marktes erforderte oder ob wirtschaftliche und soziale „Verlegenheiten“ den Machtkampf der Staaten notwendig machten. ¹⁰⁴ Das Urteil, das Rumpler über die Imperialismustheorie Wehlers gefällt hat, trifft für alle Imperialismusdeutungen bürgerlicher wie sozialreformistischer Provenienz zu: Der „Bewegungsnerv“ der Ereignisse der imperialistischen Epoche wird von ihnen nicht getroffen. ¹⁰⁵

[38]

¹⁰¹ Lutz Köllner, S. 114.

¹⁰² Ebenda, S. 122 f.

¹⁰³ Hans Herzfeld, *Der Erste Weltkrieg*, München 1968, S. 15.

¹⁰⁴ Helmut Rumpler, S. 265.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 264.

Spektralanalyse der pluralistischen „neuen“ Modelle

„Der Imperialismustheorien ist bekanntlich Legion ...“

„Der moderne Imperialismus“, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart-(West-)Berlin-Köln-Mainz 1971, S. 9.

Wie bereits an den wenigen, im Rahmen dieser Darstellung möglichen Beispielen erkennbar wurde, hat die bürgerliche und rechtsopportunistische Historiographie der BRD zum deutschen Imperialismus vor 1917 bei ihrem Streben nach Widerlegung der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie eine Vielzahl von in der Grundtendenz übereinstimmenden, in der Erklärung des Wesens und vor allem der Ursachen dieser Erscheinung jedoch ganz verschiedenartigen Deutungen hervorgebracht, die – wie kritische Beobachter aus dem eigenen Lager konstatieren müssen – dieses Phänomen nicht überzeugend zu erklären vermögen.

Der so gern als Vorzug der bürgerlichen Wissenschaft gepriesene Methodenpluralismus erweist sich – aus naheliegenden Gründen gerade am konkreten Beispiel der Imperialismusforschung – als Produkt der klassenmäßig bedingten Methodologie, die – aus der weltanschaulichen Position resultierend – eine vollständige Enthüllung der Gesetzmäßigkeiten der objektiven Dialektik des historischen Entwicklungsprozesses ausschließt.

Die Ergebnisse der bürgerlichen Imperialismusforschung widerlegen die von Andreas Hillgruber aufgestellten Thesen, die Alternative „Erhaltung oder Änderung der bestehenden Verhältnisse“ sei für die Wissenschaft irrelevant, ja falsch, und es gebe weder reaktionäre noch fortschrittliche Forschungsergebnisse, sondern nur ihre Nutzung, deren Wahrheitsgehalt Hillgruber selbst durch die Forderung nach politischem Engage-[39]ment für die „pluralistische Staats- und Gesellschaftsordnung“ und durch die Behauptung einer Identität zwischen politischem Engagement und wissenschaftlichem Interesse der BRD-Historiker in Frage gestellt hat.¹⁰⁶

Eine nähere kritische Betrachtung der wichtigsten Modelle der apologetischen Imperialismusforschung in der BRD erhärtet diese Feststellung.

Primäre Deutung des Imperialismus als Erscheinungsform nationalistischen Denkens

„Die primären Ursachen des Imperialismus jener Epoche sind in dem Nationalismus eben jener Schichten zu suchen, welche im Zuge der Entwicklung der industriellen Gesellschaft nach oben getragen wurden, nicht aber in vermeintlich objektiven Bedürfnissen des Kapitalismus nach überseeischen Märkten als solchen.“

Wolfgang J. Mommsen, „Das Zeitalter des Imperialismus“, Frankfurt/M. 1969, S. 19.

Diese Interpretation Wolfgang J. Mommsens offenbart ihre Abwegigkeit gleich in dreifacher Hinsicht. Wie von allen bürgerlichen und rechtsopportunistischen Imperialismusdeutern werden objektive, dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus immanente Triebkräfte imperialistischer Expansion einfach geleugnet. Die expansiven Bestrebungen der Monopolbourgeoisie werden in Gestalt nationalistischer Ideologie von ihren in den Produktionsverhältnissen liegenden Ursachen abgetrennt und – so isoliert – als primäre Ursachen des Imperialismus ausgegeben. Schließlich wird die Stoßrichtung der so motivierten Expansion allein auf „überseeische“ Märkte, also auf koloniale Expansion, beschränkt,¹⁰⁷ obwohl sich die Expansion des Imperialismus, nicht zuletzt gerade des deutschen Imperialismus, von vorausgegangenen Ausdehnungsbestrebungen gerade dadurch unterscheidet, daß sie auch auf halbabhängige Länder und entwickelte Industriegebiete des Kontinents gerichtet und daß sie zudem keine ausschließlich europäische, sondern eine weltweite Erscheinung ist.¹⁰⁸

¹⁰⁶ Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift, Bd. 216/1973, H. 3, S. 549.

¹⁰⁷ Siehe dazu auch die Definition W. J. Mommsens in seiner späteren Arbeit „Der moderne Imperialismus als innergesellschaftliches Phänomen“, S. 16, 19.

¹⁰⁸ Zum europazentristischen Aspekt Mommsens vgl. auch: Das Zeitalter des Imperialismus, S. 8, 16.

Mommsen räumt zwar ein, daß bei dieser Entwicklung ökonomische Faktoren eine gewisse Rolle gespielt hätten, doch betont er: „wirtschaftliche Motive, sowohl solche primärer als auch solche abgeleiteter Art“ hätten „nur in Verbindung mit politischen Erwartungen und Sehnsüchten nationalistischer Färbung zur Steigerung der imperialistischen Leidenschaften der Zeit beigetragen ...“¹⁰⁹

Daß sich die besondere Aggressivität des Imperialismus ideologisch in nationalistischem, chauvinistischem Gewande artikuliert, ist keine neue Entdeckung der bürgerlichen Historiographie. Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung hat darauf schon immer hingewiesen und den Nachweis erbracht, daß stets eine repräsentative Schicht von Ideologen der herrschenden Klasse die imperialistische Expansion propagierte und rechtfertigte. Sie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß die imperialistische Ideologie wesentlich dazu beiträgt, expansive Akte vorzubereiten und durchzuführen, expansive Bestrebungen zu stimulieren und der herrschenden Klasse die Massenbasis für die Expansion zu sichern. Insofern verbinden sich zweifellos wirtschaftliche Motive und politische Ideen. Aber ein Erklärungsmodell, das die nationalistischen Ideen als *primäre Ursachen* des Imperialismus und der imperialistischen Expansion hinstellt, wird den objektiven Gesetzmäßigkeiten des historischen Entwicklungsprozesses nicht gerecht.

Mommsen billigt wirtschaftlichen Motiven lediglich stimulierenden Wert zu, wenn er erklärt: „Erst in dem Streckbett nationaler Rivalitäten entwickelte der moderne Kapitalismus imperialistische Züge.“¹¹⁰ Die Frage nach den Ursachen dieses Nationalismus, der sich binnen weniger Jahre zum Imperialismus gesteigert habe, den Mommsen dann „in erster Linie“ als „eine Extremform nationalistischen Denkens“ deutet,¹¹¹ wird von ihm jedoch nicht überzeugend beantwortet. Wenige vage Hinweise auf Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Europas, auf eine Überforderung der Führungsschichten¹¹², auf die Instabilität der politischen Systeme¹¹³ und auf die „vorhandenen wirtschaftlichen Rivalitäten der Großmächte“, welche die „europäischen Völker“ (?) in ihren nationalistischen Vorurteilen bestärkt hätten,¹¹⁴ reichen als Begründung nicht aus.

Mommsen erfaßt die objektive Dialektik zwischen Basis und Überbau nicht, wenn er behauptet, das nationalistische Denken habe die führenden Kreise der Wirtschaft, die an sich [41] für den Frieden gewesen seien, 1914 plötzlich erfaßt und sie „in die vordersten Reihen eines maßlosen Annexionismus“ gedrängt.¹¹⁵ Eine Erklärung dieser Metamorphose vermag er deshalb nicht zu geben.

Wirklich gewichtige Faktoren, wie das Interesse des Finanzkapitals an „gewinnbringenden Investitionen großen Stils“¹¹⁶, die Tendenz der Konzentration von Industrie- und Bankkapital¹¹⁷ und die Förderung der „weltpolitischen Begehrlichkeit“ des deutschen Bürgertums durch „den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung“,¹¹⁸ denen bei der Wahrheitsfindung entscheidendes Gewicht zukommt, werden von Mommsen nur beiläufig und eklektizistisch erwähnt und in ihrer Bedeutung für die Herausbildung der imperialistischen Ideologie nicht analysiert. Mommsen ignoriert völlig die objektiven Widersprüche des Kapitalismus und ihre Zuspitzung im Imperialismus und geht von der durch die Geschichte selbst widerlegten einseitigen Sicht aus, das „wahre Wesen“ des Kapitalismus bestehe in „internationaler Kooperation“¹¹⁹, die „enormen Kapitalinvestitionen der führenden Industrieländer Europas in Übersee“ hätten den Weg für eine „multilaterale Weltwirtschaft“ gebahnt, „von der alle Partner gleichermaßen profitierten“.¹²⁰ Den offensichtlichen Widerspruch zwischen den harten historischen Tatsachen und seiner subjektiven Auffassung vom „wahren Wesen“ des Kapitalismus sucht

¹⁰⁹ Ebenda, S. 19.

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ Ebenda, S. 16.

¹¹² Ebenda, S. 100.

¹¹³ Ebenda, S. 8.

¹¹⁴ Ebenda, S. 63.

¹¹⁵ Ebenda, S. 65.

¹¹⁶ Ebenda, S. 62.

¹¹⁷ Ebenda, S. 57.

¹¹⁸ Ebenda, S. 63.

¹¹⁹ Ebenda, S. 62.

¹²⁰ Ebenda, S. 64.

Mommsen durch die Erklärung aufzulösen, die großen Industrienationen hätten – vom Nationalismus verblendet – wie gebannt auf die Gegensätzlichkeiten ihrer Interessen gestarrt und dadurch den Nutzen politischer und ökonomischer Erwerbungen anderer Länder für sie selbst „übersehen“. ¹²¹ Da der Staat nicht als Machtorgan betrachtet wird, dessen sich die herrschenden Klassen bei der Verwirklichung ihrer ökonomischen und politischen Interessen bedienen, bleibt Mommsen nur die mystifizierende Erklärung, die europäischen Kabinette seien schließlich vom „Fieberwahn des Imperialismus“ ergriffen worden. ¹²² Auf diese Weise erscheinen die imperialistischen Regierungen, die „Wirtschaftskapitäne“ und vor allem „das Finanzkapital“, das dem Imperialismus „mißtraut“ habe, ¹²³ als im Grunde antiimperialistische Kräfte, während „breitere Volksschichten“, die den Nationalismus „getragen“ hätten, dafür verantwortlich gemacht werden, daß sie die Regierungen „zu beschleunigtem Handeln“ [42] antrieben. Die „imperialistische Idee“ wird als „Fremdkörper innerhalb der traditionellen Ideologie des Liberalismus“ gekennzeichnet ¹²⁴ und der Imperialismus damit insgesamt als eine anachronistische Erscheinung, als eine unnormale, vermeidbare Entartung des im Grunde antiimperialistischen Kapitalismus gedeutet.

Zur Erklärung des „Hinüberwechselns“ der Wirtschaft in das Lager des Imperialismus unmittelbar vor und während des ersten Weltkrieges ¹²⁵ führt Mommsen neben nationalistischen auch „sozialimperialistische“ Motive ins Feld, auf die wir im Zusammenhang mit dem sozialimperialistischen Erklärungsmodell zurückkommen werden. ¹²⁶

Auf Elemente der in jüngster Zeit vor allem von Wolfgang J. Mommsen prononciert vorgetragenen Erklärung des Imperialismus als Steigerungsform nationalistischen Denkens stützen sich mehr oder weniger alle apologetischen Imperialismusdeutungen. So betont zum Beispiel Theodor Schieder die „starken nationalistischen Wurzeln“ des Imperialismus ¹²⁷ stellt Peter Graf Kielmansegg den Nationalismus gleichwertig neben die „Expansionskraft der kapitalistischen Industriewirtschaft“, ¹²⁸ wobei ebenfalls die Verwurzelung der imperialistischen Ideologie in der monopolkapitalistischen Basis ignoriert und die Rolle der Ideologie überbewertet wird.

Der konzeptionelle Ansatz Mommsens ist nicht neu. Er ähnelt der bereits von dem österreichischen Historiker Joseph A. Schumpeter 1919 vorgetragenen Behauptung, eine rein kapitalistische Welt könne kein Nährboden für imperialistische Impulse sein; der Imperialismus sei infolgedessen keine notwendige Phase des Kapitalismus. ¹²⁹ Ebenso wenig originell ist die Ursachenerklärung Mommsens. Die Deutung des Imperialismus als Produkt nationalistischer Massenhysterie, zu deren Befriedigung die Politiker genötigt gewesen seien, findet sich zum Beispiel bereits 1935 bei William L. Langer. ¹³⁰

Wie Mommsen mißt auch Winfried Baumgart dem „übersteigerten Nationalismus“, dem „Zeitgeist“, im Rahmen seiner pluralistischen Motivationsbündel einen besonderen Stellenwert zu. In Übereinstimmung mit Theodor Schieder meint er, imperialistische Politik setze ein nationalistisches Denken voraus. ¹³¹ Die Ursache dieses Denkens erblickt Baumgart vor allem im „sozialpsychologischen Faktor der Furcht“, den er den anderen [43] von der bürgerlichen Geschichtsschreibung bislang angeführten Motivationsfaktoren als angeblich neuen, bisher kaum beachteten hinzufügt. Dieser Faktor, der übrigens in der marxistisch-leninistischen Historiographie – zum Beispiel bei der Analyse der Entstehung des ersten Weltkrieges – die ihm gebührende Beachtung gefunden hat, habe, behauptet Baumgart, die

¹²¹ Ebenda.

¹²² Ebenda, S. 152.

¹²³ Ders., Der moderne Imperialismus als innergesellschaftliches Phänomen, S. 17.

¹²⁴ Ders., Das Zeitalter des Imperialismus, S. 22.

¹²⁵ Ders., Der moderne Imperialismus als innergesellschaftliches Phänomen, S. 19.

¹²⁶ Ebenda. Siehe dazu S. 45 ff. dieser Brosch.

¹²⁷ Theodor Schieder, Staat und Nation. Zur Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins seit 1871, in: 100 Jahre Deutsche Geschichte, hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Hamburg 1971, S. 18.

¹²⁸ Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt/M. 1968, S. 1.

¹²⁹ Joseph A. Schumpeter, Zur Soziologie der Imperialismen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 46/1919, S. 1 ff.

¹³⁰ William L. A. Langer, Critique of Imperialism, in: Foreign Affairs, 14/1935, S. 102 ff.

¹³¹ Winfried Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus, S. 39; ders., Zur Theorie des Imperialismus, S. 49.

Staatenbeziehungen der Vorkriegszeit so beeinflußt, daß er als „eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Mittel zur Deutung der internationalen Beziehungen der Vorkriegszeit“ zu betrachten sei.¹³²

Neben der „Furcht“ bezeichnet Baumgart an anderer Stelle „Urtriebe des Menschen“ wie Forschergeist, Eroberungsdrang und Abenteuerlust, die – wie er ausdrücklich hervorhebt – mit „Monopolkapitalismus“ kaum etwas zu tun hätten, als „unabdingbare Voraussetzungen für den okzidentalen Imperialismus“. Aus solchen vorwiegend sozialpsychologischen Faktoren, so folgert er, sei die „Mächterivalität“ erwachsen, in der er dann die entscheidende Wurzel des Imperialismus erblickt. Jede ökonomischen Ursachen größeres Gewicht zusprechende Imperialismusdeutung, wobei er zum Beispiel – die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie entstellend – die Erklärung des Imperialismus als „irgendeine vage Form der Einmischung von Geschäftsleuten und Bankiers in die Angelegenheiten eines anderen Landes“ nennt, weist er mit der aufschlußreichen Bemerkung zurück, daß ja dann als Imperialismus „jede Art wirtschaftlicher Expansion eines Industriestaates“ zu bezeichnen wäre, „nicht nur im 19., sondern auch im gesamten bisherigen Verlauf des 20. Jahrhunderts“.¹³³ Diese Argumentation macht den aktuellen politischen Hintergrund der Imperialismusdeutung Baumgarts besonders deutlich erkennbar. Der gegenwärtige Kapitalismus, die ökonomische Expansion der imperialistischen Mächte insbesondere, sollen keinesfalls als imperialistisch erscheinen.

Die These, daß „die Furcht der Mächte voreinander“ für viele außenpolitische Aktionen „mitverantwortlich“, ja „entscheidend“ gewesen sei, enthält insofern einen realen Kern, als die „Furcht voreinander“ eine zwangsläufige Begleiterscheinung der Expansionspolitik der imperialistischen Großmächte war. Aber die Furcht war nicht die tiefste Wurzel der imperialistischen Expansion, sondern die auf dem Monopolkapitalismus [44] beruhende und durch die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Staaten sich zunehmend verschärfende aggressive imperialistische Politik gebar die Furcht. So war das von Baumgart nur beiläufig erwähnte, für den deutschen Imperialismus charakteristische „Gefühl des Zuspätgekommenenseins“, das die Furcht in besonderem Maße genährt habe, letzten Endes ein Ergebnis objektiver, in der monopolkapitalistischen Ökonomik verwurzelter Gesetzmäßigkeiten, zum Beispiel in Gestalt des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung kapitalistischer Staaten. Die imperialistischen Mächte zogen nicht aus, weil sie sich fürchteten, sondern die Furcht voreinander gewann als stimulierender Faktor in dem Maße an Gewicht, in dem die imperialistischen Mächte den Kampf um die Neuaufteilung der Welt führten.

Ähnlich wie mit dem „sozialpsychologischen Faktor der Furcht“ verhält es sich mit allen von der bürgerlichen und rechtsopportunistischen Historiographie angeführten politischen, sozialen und ideologischen Faktoren. Chauvinistische und sozialimperialistische Ideen und Ablenkungsstrategien, Rassentheorien, Sozialdarwinismus, Irrationalismus, Prestigedenken usw. haben – bei unterschiedlichem Wirkungsgrad in den verschiedenen imperialistischen Staaten und zu verschiedenen Zeiten – den modernen Imperialismus modifiziert, sein spezifisches nationales Gepräge sowie seine internationale Entwicklung mehr oder weniger mitbestimmt. Insofern bringt die historische Entwicklung – wie die Geschichte seit der Herausbildung des Imperialismus gezeigt hat – immer wieder neue „Faktoren“ und Motivationskombinationen hervor, deren objektive Dialektik in jedem Falle weiterführender konkreter Analysen bedarf. „Der Kapitalismus“, schrieb Lenin dazu in dem bereits erwähnten Aufsatz „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, „wird in *allen* Erscheinungsformen seines Räuberwesens und in all den kleinen Verzweigungen seiner nationalen Besonderheiten niemals *restlos* erforscht werden ...“ Die Erforschung des Imperialismus sei insofern endlos, wie die Wissenschaft überhaupt endlos sei.¹³⁴ Aber all diese Wandlungen haben am grundlegenden Wesen des Imperialismus ebensowenig geändert wie an seinen Ursachen. Deshalb vermögen alle Forschungen die historische Wirklichkeit nur zu erfassen, wenn ihre Methodologie der von Marx und Engels entdeckten objektiven Dia-[45]lektik des historischen Prozesses entspricht, deren gesetzmäßiges spezifisches Wirken im Imperialismus Lenin erkannte.

¹³² Winfried Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus, S. 34 ff., 28 ff.; ders., Zur Theorie des Imperialismus, S. 3.

¹³³ Ders., Zur Theorie des Imperialismus, S. 6 f., 9 f., 11.

¹³⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 204 f. Siehe dazu S. 28 ff. dieser Brosch.

Den von apologetischen bürgerlichen und rechtsopportunistischen westdeutschen Historikern als Ursachen des Imperialismus ausgegebenen Faktoren kommt im Funktionsmechanismus zwischen Ökonomie und Politik im Imperialismus entweder die Funktion von Zwischengliedern oder – wie zum Beispiel bei prämonopolkapitalistischen Rudimenten in der Klassenstruktur – von modifizierenden, zumeist verstärkenden Elementen, nicht jedoch von primären Ursachen zu.

Die weltweite Herausbildung und die historische Entwicklung des Imperialismus auf der gemeinsamen Grundlage des Monopolkapitalismus bei, ja trotz außerordentlich unterschiedlicher spezifischer nationaler Besonderheiten im Hinblick auf Klassenstruktur, Verfassungsform, Ideologie usw. hat jedoch bewiesen und beweist täglich aufs neue, daß das Monopol die letztlich entscheidende, die primäre Ursache des Imperialismus ist.

Interpretation des Imperialismus als vorwiegend sozialstrukturell bedingte Strategie defensiver Herrschaftsstabilisierung

„Stets aber bildete das wirtschaftliche Motivbündel, wie sehr es auch von ökonomischen Theorien verabsolutiert werden mag, nur einen Teil der Antriebskräfte des Imperialismus. Vielmehr hat sich mit dieser Expansion durchweg auch die Hoffnung und dezidierte Absicht verbunden, den gesellschaftlichen Status quo und das politische Machtgefüge durch einen erfolgreichen Imperialismus zu legitimieren. Im Sinne eines solchen Sozialimperialismus bestand die Intention und Funktion namentlich der deutschen überseeischen Expansion auch darin, als konservative Ablenkungs- und Zähmungspolitik systemgefährdende Reformbestrebungen – wie sie die emanzipatorischen Kräfte des Liberalismus oder der organisierten Arbeiterbewegung verkörperten – nach außen abzulenken.“

Hans-Ulrich Wehler, „Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973, S. 173.

In den Mittelpunkt des Interesses der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Historiographie der BRD zur Ge-[46]schichte des deutschen Imperialismus vor 1917 sind in den letzten Jahren Erklärungsmodelle gerückt, die den Imperialismus primär als sozialökonomisch bedingte konservative Ablenkungsstrategie zu deuten und so eine – in die Lehre einer sich evolutionär entwickelnden Industriegesellschaft¹³⁵ eingebettete – scheinbare Perspektive des imperialistischen Herrschaftssystems und damit eine Scheinalternative zum Sozialismus und Kommunismus zu entwerfen suchen.

Diese, den neuen Bedingungen des modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus und des internationalen Kräfteverhältnisses stärker angepaßten Modelle, die dem Erfordernis gewisser realer Teilerkenntnisse und strategisch langfristig nutzbarer „Theorien“ gerecht zu werden suchen, wobei sie auch Elemente der Leninschen Imperialismustheorie in ihre antimarxistischen Konzeptionen integrieren, unterscheiden sich von den konventionelleren vor allem durch eine stärkere Berücksichtigung ökonomischer „Faktoren“.

Charakteristisch für ihre Imperialismusdeutung ist – ungeachtet der unterschiedlichen Ergebnisse ihrer Interpretationen im einzelnen – die Betonung eines „Primats der Innenpolitik“, die Auffassung, daß die Außenpolitik nur eine Funktion der Innenpolitik sei. Diese bereits von Lenin als unwissenschaftlich enthüllte Gegenüberstellung von Innen- und Außenpolitik ignoriert die Basis-Überbau-Dialektik, indem sie von einer Priorität *innenpolitischer*, vor allem sozialpolitischer Erscheinungen und nicht von der in letzter Instanz bestimmenden materiellen, ökonomischen Basis der Gesellschaft ausgeht. Infolge ihrer Begrenztheit und Einseitigkeit ebenfalls nicht geeignet, das Wesen des Imperialismus komplex zu erfassen, gestattet diese Sicht, die auf Arbeiten Eckart Kehrs zu Beginn der 30er Jahre zurückgeht, jedoch, einige gesellschaftliche Hintergründe imperialistischer Außenpolitik besser auszuleuchten, weil sie sich mit ihrem Untersuchungsgegenstand den wirklichen Wurzeln historischer Gesetzmäßigkeiten nähert. Um das Prinzip eines „Primats der Innenpolitik“ sind innerhalb der bürgerlichen Historiographie Meinungsverschiedenheiten entbrannt. Vertreter konventionellerer Imperialismusmodelle, zum Beispiel Winfried Baumgart, stellen der Theorie vom Primat der Innenpolitik die noch abwegigere, an Leopold von Ranke orientierte These eines Primats der Außenpolitik

¹³⁵ Vgl. dazu Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, S. 25.

entgegen: [47] Jede Großmacht habe sich in ihrer Politik vom Primat der Außenpolitik leiten lassen. Von einem konsequent pluralistischen Standpunkt aus erklärt Theodor Nipperdey, die Geburt der Weltpolitik aus der Innenpolitik sei „nicht bewiesen“. Der Sozialimperialismus könne nicht als *das* entscheidende Motiv oder *die* Funktion des Imperialismus bezeichnet werden.¹³⁶

Die der objektiven dialektischen Interdependenz widersprechende einseitige schematisierende Sicht, die sich aus der Nichtanerkennung des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus ergibt, versperrt diesen Theorien den Zugang zu tiefergehenden Erkenntnissen der Wirklichkeit.

Auch die „sozialimperialistische“ Variante der bürgerlichen Imperialismusdeutung ist nicht neu. Sie wurde zum Beispiel bereits von Joseph A. Schumpeter vertreten, der den Imperialismus als spezifisches Produkt überlebter anachronistischer Herrschaftsformen und Gesellschaftsstrukturen innerhalb der „modernen egalitären kapitalistischen Industriegesellschaft“ zu erklären und so den Kapitalismus als im Grunde antiimperialistisch orientiert hinzustellen suchte.¹³⁷

Eine auf die einschlägige BRD-Historiographie relativ einflußreiche Form dieser Variante bürgerlicher Imperialismusdeutung wird neuerdings von Hans-Ulrich Wehler vertreten. Wohler geht davon aus, daß der Imperialismus „ein Ergebnis der Entwicklung von industriewirtschaftlichen Gesellschaftssystemen“ sei, und konstatiert: „Unter dem Druck des Konzentrationsprozesses entstand in einem wirklichen Strukturwandel das System des oligopolistischen organisierten Kapitalismus, der einen Teil der inneren Konkurrenz nach außen in den gemeinsamen Wettbewerb staatlich protegierter Wirtschaftsinteressen verlagerte.“¹³⁸ Wohler registriert damit zwar eine neue „qualitative Entwicklungsstufe“ des Kapitalismus, die durch Monopole gekennzeichnet gewesen sei,¹³⁹ räumt die „Verlagerung eines Teils der inneren Konkurrenz“ in äußere Expansion ein, stellt fest, daß dieser „Modernisierungsprozeß“ gesellschaftliche und politische Konsequenzen und Begleiterscheinungen gehabt habe, daß die Exportoffensive und die Gewinnung von Außenhandelsmärkten staatlich protegiert worden sei¹⁴⁰ und daß das „ungleichmäßige Wachstum“ der kapitalistischen Staaten den Imperialismus gefördert habe.¹⁴¹

[48] Im Widerspruch zu diesen zum Teil realistischen Ansätzen folgert er jedoch nicht, daß die expansive Politik gesetzmäßig aus dem Monopolkapitalismus erwuchs, sondern betont – gleichsam die Logik seines eigenen Gedankenganges durchbrechend – lediglich „die kausale Bedeutung“ der durch die „Modernisierung“ des Kapitalismus hervorgerufenen „sozialen Veränderungen“ für eine expansionistische Politik.¹⁴² Von der zeitweilig gestörten sozialen Struktur als primärer Ursache her deutet er den Imperialismus als „Strategie und Mittel defensiver Herrschaftsstabilisierung“,¹⁴³ als „Integrationsideologie“ des „Sozialimperialismus“.¹⁴⁴ Damit ist der Imperialismus für Wohler eine „konservative Antwort auf die Herausforderung klassengesellschaftlicher Probleme und anachronistischer Machtverteilung“, eine „sozialdefensive Strategie“, eine Reaktion der herrschenden Kreise auf Störungen im Sozialgefüge, die sich als notwendige Konsequenz wirtschaftlicher Wachstumsstörungen beim Übergang zum „Organisierten Kapitalismus“ ergeben hätten.¹⁴⁵

Wohlers „Theorie“ geht zum Unterschied von anderen bürgerlichen und rechtsopportunistischen Imperialismusdeutungen insofern stärker von ökonomischen Faktoren aus, als er in gewissen objektiven

¹³⁶ Winfried Baumgart, S. 12 f.; Th. Nipperdey in seiner Rezension zu: Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1897 bis 1918, Köln-(West-)Berlin 1970, in: Historische Zeitschrift, Bd. 215, H. 1, Aug. 1972, S. 168.

¹³⁷ Joseph A. Schumpeter, Zur Soziologie der Imperialismen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 46/1919, S. 1 ff.; ders., Imperialism and Social Classes, hrsg. und eingel. von Paul M. Sweezy, New York 1951; ders., Aristocratic Values and Bourgeois Aggression, in: The Economic Causes of Imperialism, hrsg. von Martin Wolfe, New York-London-Sydney-Toronto 1972, S. 74 ff.

¹³⁸ Imperialismus, S. 11, 25.

¹³⁹ Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich, S. 50 ff.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 173.

¹⁴¹ Ders., Der amerikanische Imperialismus vor 1914, in: Der moderne Imperialismus, S. 188 f.

¹⁴² Imperialismus, S. 21.

¹⁴³ Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich, S. 172.

¹⁴⁴ Ebenda, S. 174.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 178, 57, 171 ff.

Widersprüchen des Kapitalismus – in „wirtschaftlichen Wachstumsstörungen“ des fortschreitenden Industrialisierungsprozesses – die Ursache für „Störungen im Sozialgefüge“ erblickt. Aber schon dieser konzeptionelle Ansatz widerspricht der objektiven historischen Gesetzmäßigkeit. Er verfälscht die sich mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus gesetzmäßig verschärfenden antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus in vorübergehende Wachstumsstörungen. Damit werden die Störungen im Sozialgefüge nicht als Reflexion der Basis, der materiellen Struktur der Gesellschaft, der entscheidenden Grundbeziehungen zwischen den sozialen Gruppen bzw. Klassen¹⁴⁶ gewertet, sondern die Basis-Überbau-Beziehung als eine bloße Strukturrelation fehlinterpretiert.¹⁴⁷ Indem der letztlich in den monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnissen verwurzelte verstärkte Drang zur Expansion ignoriert bzw. in seiner entscheidenden Bedeutung geleugnet wird, wird imperialistische Expansion lediglich als Strategie und damit als Form einer bestimmten Politik gedeutet. Auf diese Weise wird der Im-[49]perialismus zu einer zwar notwendigen, aber nur zeitweiligen, vorübergehenden Erscheinung in der Entwicklung des Kapitalismus zum „Interventionsstaat“, wird bestritten, daß der Monopolkapitalismus imperialistische Politik hervorbringt, eine Gesetzmäßigkeit, die Lenin so formulierte: „Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit *alle* Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen ‚Details‘.“¹⁴⁸ Wohler mißt aber gerade der politischen Struktur und anderen „Details“ die entscheidende Bedeutung bei, während ökonomische Faktoren, insbesondere das Monopol, für ihn von untergeordneter Bedeutung sind. Er stellt zwar fest, daß bei der imperialistischen Expansion fast immer auch „ökonomische Interessen im engeren Sinne“ eine Rolle gespielt hätten, fährt jedoch fort: „Spitzt man ... die Frage nach der Gewichtung der Antriebsfaktoren zu und versucht zugleich eine Quantifizierung der Entscheidungen, dann stellt sich allerdings heraus, daß das sozialimperialistische Element vor 1914 entweder dominiert oder neben dem ökonomischen Kalkül mindestens als gleichberechtigt erscheint. In der Schlußphase der Expansionspolitik des kaiserlichen Deutschland, in der Kriegszielpolitik des Ersten Weltkrieges gewann es dann offenbar noch einmal den Vorrang.“¹⁴⁹ Das ist eine Hypothese, die Wohler nicht zu belegen vermag und die durch die Ergebnisse der Forschung längst widerlegt worden ist, so daß hier nicht näher darauf eingegangen werden muß.

Die eigentlichen Motive des somit auf eine „sozialdefensive Strategie mit binnengesellschaftlicher Zielsetzung“ eingeschrumpften Imperialismus erblickt Wohler im Streben der Großbourgeoisie, insbesondere der Schwerindustrie, systemgefährdende Reformbestrebungen in einen „Ersatzraum“ abzulenken,¹⁵⁰ und im Streben der Großagrarien, vorindustrielle Gesellschafts- und Machtstrukturen durch eine Ablenkung der inneren sozialen Konflikte nach außen zu bewahren. Dabei sei angemerkt, daß Wohler den Klassenbegriff, wenn überhaupt, dann nur auf das Junkertum anwendet, ihn durch den soziologischen Begriff des „Gruppenegoismus“ ersetzt und so den Klassencharakter der „Industriegesellschaft“ zu verschleiern sucht.¹⁵¹

[50] Die Kriegspolitik des Deutschen Reiches im Sommer 1914, die für die Entfesselung des allseitig imperialistischen Eroberungskrieges die Hauptverantwortung trug, erscheint dann vor allem als „Fortsetzung der Defensive mit aggressiven Mitteln“¹⁵², als Ergebnis der „Unfähigkeit seiner Führungsschichten, mit den wachsenden Problemen einer sich rasch demokratisierenden Welt fertig zu werden“.¹⁵³ Auf diese Weise wird der erste Weltkrieg nicht als Produkt der imperialistischen Widersprüche begriffen.

¹⁴⁶ Vgl. dazu: Adolf Bauer / Herbert Crüger/Gisela Koch/Christian Zak, a. a. O., S. 51.

¹⁴⁷ Vgl. dazu: Ebenda, S. 57.

¹⁴⁸ W. I. Lenin, Bd. 22, S. 241.

¹⁴⁹ Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich, S. 179.

¹⁵⁰ Ebenda, S. 173 f.

¹⁵¹ Siehe dazu z. B.: Ders., Bismarck und der Imperialismus, S. 108.

¹⁵² Ders., Das deutsche Kaiserreich, S. 197.

¹⁵³ Ebenda, S. 199. – Diese Interpretation taucht neuerdings auch verstärkt bei anderen bürgerlichen Imperialismusmodellen auf. Siehe z. B.: Wolfgang J. Mommsen, Der moderne Imperialismus als inner-gesellschaftliches Phänomen, S. 19.

Auch die hier in ihren wesentlichen Zügen skizzierte Imperialismusdeutung Wohlers wird dem wahren Sachverhalt nicht gerecht.¹⁵⁴ Die Ursache dafür liegt darin, daß auch Wohler die letztlich entscheidende Verwurzelung aller Erscheinungen des Überbaus in der Basis nicht anerkennt und die imperialistische Expansion, auf die er deshalb den Imperialismusbegriff einschränkt, primär aus der Sozialstruktur zu erklären sucht, womit er die Basis-Überbau-Dialektik in eine „unverbindliche und unexakte Beziehung ‚Unterbau-Überbau‘“, umwandelt.¹⁵⁵ Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse, die – wie Friedrich Engels feststellte – „soziale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen“,¹⁵⁶ erfaßt Wohler nicht.

Da aber Wohler mit seinem Erklärungsmodell das politische Wesen des imperialistischen Gesellschaftssystems etwas tiefer als andere westdeutsche Imperialismusinterpreten ausleuchtet, gelangt er zu einer für westdeutsche Verhältnisse relativ scharfen Kritik an Politik und System des deutschen Kaiserreiches, erkennt er – wenn auch in der verschobenen Ebene des „sozialimperialistischen Widerstandes“ gegen den „Emanzipationsprozeß der industriellen Gesellschaft in Deutschland“ – einige wichtige Züge des besonders reaktionären und aggressiven Wesens des deutschen Imperialismus und deren Kontinuität über den ersten Weltkrieg hinaus,¹⁵⁷ für konservativ-nationalistisch orientierte Historiker Grund genug, Wohlers Auffassungen scharf von rechts anzugreifen.¹⁵⁸ Folgerungen, die Wohler zieht, bleiben jedoch in Erwägungen über systemimmanente „soziale Kontrollen“ zur „Entschärfung vitaler Interessenkonflikte“ der „Industriegesellschaft“ stecken. Seine „kritische Theorie“ läuft auf eine Befürwortung des staatsmonopolisti-[51]schen Kapitalismus,¹⁵⁹ des – wie ihn Wohler nennt – „modernen Interventionsstaates“¹⁶⁰ auf die Rechtfertigung der Integration der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staat hinaus.¹⁶¹ Einem solchen System, so meint Wohler, gehöre die Zukunft. Die Quintessenz besteht in der Konstruktion einer Scheinalternative „Sozialimperialismus – Sozialreformismus“.¹⁶² Abgesehen von der grundlegenden methodologischen Position Wehlers sind die Ergebnisse seines Deutungsversuches auch im einzelnen mehr als problematisch. George W. F. Hallgarten, der in seinen Untersuchungen zum deutschen Imperialismus, zum Teil über den Rahmen der traditionellen bürgerlichen und sozialreformistischen Geschichtsschreibung hinausgehend, zur Enthüllung des Mechanismus der imperialistischen Expansion beigetragen hat¹⁶³ und von Wohler wegen seiner antikapitalistischen Kritik scharf angegriffen wurde,¹⁶⁴ hat – da er einige Grundthesen des Marxismus, u. a. die These von Basis und Überbau, anerkennt,¹⁶⁵ festgestellt, „daß es sich bei dem damals meist als ‚Weltpolitik‘ bezeichneten Mitmachen Deutschlands auf dem Feld des

¹⁵⁴ Vgl. Helmut Rumpler, S. 265.

¹⁵⁵ Hans Schleier, Explizite Theorie, Imperialismus, Bismarck und Herr Wehler, in: Jahrbuch für Geschichte, hrsg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Institut für Geschichte, Bd. 6, Berlin 1972, S. 485.

¹⁵⁶ Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. 1, Berlin 1952, S. 189 f.

¹⁵⁷ Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, S. 501. – Vgl. dazu: Golo Mann, Das deutsche Kaiserreich. Zur Interpretation Hans-Ulrich Wehlers, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 273 v. 16. 6. 1974, S. 49; siehe dazu: Hans Schleier, S. 477 f.

¹⁵⁸ Vgl. z. B.: Waldemar Besson, Ein Kanzler wird besichtigt. Hans Rotfels „unzeitgemäßes“ Bismarck-Bild, in: Die Zeit v. 17. 4. 1970. Siehe auch die Rezension von Eilert Lohs in: Historisch-politisches Buch, 12/1970, S. 12.

¹⁵⁹ Siehe dazu: Helga Nußbaum, Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, T. IV/1970, S. 25 ff.

¹⁶⁰ Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich, S. 57 ff.

¹⁶¹ Ders., Bismarck und der Imperialismus, S. 376.

¹⁶² Ebenda, S. 497. – Diese Alternativtheorie vertritt besonders prononziert auch Heinz Gollwitzer (Heinz Gollwitzer, Social-Imperialism: An Alternative to Class Warfare, in: The Economic Causes of Imperialism, S. 101 ff.

¹⁶³ George W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik Europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg, 2 Bde., 2., veränd. Aufl., München 1963. – Vgl. dazu: A. S. Jerussalimski, George W. F. Hallgarten und seine Darstellung der Außenpolitik des deutschen Imperialismus, in: ZfG, 4/1962, S. 844 ff., bes. S. 882; ders., Ein Versuch, den deutschen Imperialismus soziologisch zu erforschen. Über die Arbeit G. Hallgartens „Imperialismus vor 1914“, in: Ders., Der deutsche Imperialismus. Geschichte und Gegenwart, Berlin 1968, S. 49 ff.

¹⁶⁴ Hans-Ulrich Wehler, Historische Soziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1/1965, S. 148. – Vgl. dazu: George W. F. Hallgarten, Wehler, der Imperialismus und ich. Eine geharnischte Antwort, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 5/1972, S. 296 ff.

¹⁶⁵ A. S. Jerussalimski, Ein Versuch, den Imperialismus soziologisch zu erforschen, S. 64.

Imperialismus nicht so sehr um Vermeidung eines – offenbar gar nicht vorhandenen – Drucks von innen und unten, also nicht um ‚Sozialimperialismus‘, als vielmehr um die Absicht eines von aufstrebenden Kartellen und Trusts stark mitbestimmten Militärstaats handelte, seine Macht rücksichtslos zu allem zu gebrauchen, was dem Militär, der Marine und den führenden Konzernen wichtig schien“.¹⁶⁶ Zwar entbehrt auch diese Erklärung der notwendigen Prägnanz, doch zeigte sie, daß nüchtern urteilende bürgerliche Historiker trotz klassenmäßig bedingter Erkenntnisschranken zu tiefergehenden Einsichten als Wohler fähig sind. Timothy W. Mason hat dies in einer scharfen Kritik an verleumderischen Ausfällen Wilhelm Treues zur jüngeren Wirtschaftsgeschichtsschreibung in der DDR über den deutschen Imperialismus¹⁶⁷ mit der Feststellung zum Ausdruck gebracht: „Man muß nicht selber Marxist sein, um die wissenschaftliche Bedeutung einiger in der DDR erschienenen Arbeiten zur deutschen Wirtschaftsgeschichte anzuerkennen, man muß nur an der historischen Forschung interessiert sein.“¹⁶⁸

„Sozialimperialistische“ Erwägungen und Motive haben die imperialistischen außenpolitischen Aktivitäten in gewissem Maße mitbestimmt, vor allem insofern, als sich die imperiali-[52]stische Propaganda solcher Argumente bediente, um die erforderliche Massenbasis zu erhalten und insbesondere die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, gestützt auf deren rechte Führer, in den imperialistischen Staat zu integrieren. Daneben erblickten sowohl großbürgerliche als auch junkerliche Kreise in der äußeren Expansion auch eine Möglichkeit, die soziale Frage zu exportieren, die Arbeiterklasse und die anderen unterdrückten Klassen und Schichten durch eine erfolgreiche Expansion von inneren Krisen abzulenken und mit Hilfe der so erzielten Extraprofite besser korrumpieren zu können, eine Erscheinung, auf die Wilhelm Liebknecht bereits 1885 im Reichstag hingewiesen hat. Aber diese „Intentionen der Führungsschichten“¹⁶⁹ – eine Reaktion auf die durch die veränderten Produktionsverhältnisse verschärfte Klassengegensätze – bildeten nur ein zusätzliches Motiv für die imperialistische Expansion, die – wie alle einschlägigen Dokumente aussagen – primär dem Drang der Monopolbourgeoisie nach Absatzmärkten, Rohstoffgebieten und Kapitalanlagesphären und dem der Junker nach Abwehr der Bedrohung ihres Getreidemonopols und damit nach Sicherung ihrer Grundrente entsprang. Die „sozialimperialistischen“ Motive erwachsen also letztlich aus den Produktionsverhältnissen des monopolistischen Kapitalismus. Schon Lenin stellte fest, daß den führenden imperialistischen englischen Politikern „der Zusammenhang zwischen den sozusagen rein ökonomischen und den sozialpolitischen Wurzeln des modernen Imperialismus ... klar war“, und charakterisierte die Propaganda einer Lösung des sozialen Problems durch imperialistische Expansion als grobe und zynische „Verteidigung“ des Imperialismus.¹⁷⁰

Die Deutung der imperialistischen Expansion des deutschen Imperialismus vor 1914 als „Strategie und Mittel defensiver Herrschaftsstabilisierung“, die Erklärung der den ersten Weltkrieg auslösenden Politik des deutschen Imperialismus als „Fortsetzung der Defensive mit aggressiven Mitteln“¹⁷¹ und die Kennzeichnung dieser Politik als „verhängnisvoller Sonderweg der Deutschen“¹⁷² werfen die Frage auf, wie sich die imperialistische Außenpolitik anderer Großmächte erklärt, bei denen der von Wohler so betonte Kampf der Agrarier um die Erhaltung überkommener vorindustrieller Gesellschafts- und Machtstrukturen und damit ein wesentliches Element der „ana-[53]chronistischen Machtverteilung“¹⁷³ entfiel. Auf diese Frage ist Wehler die Antwort schuldig geblieben.

¹⁶⁶ George W. F. Hallgarten, Von Bismarck bis zum Ende der Weimarer Republik, in: George W. F. Hallgarten/Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M.-Köln 1974, S. 76. – Vgl. auch George W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914, Bd. 1, S. 37.

¹⁶⁷ Wilhelm Treue, Zur jüngeren Wirtschaftsgeschichtsschreibung in der DDR über den „deutschen Imperialismus“, in: Das Parlament, Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 33 v. 14. 8. 1971, S. 3 ff.

¹⁶⁸ Timothy W. Mason, Zur politischen Relevanz historischer Theorie. Die Imperialismus-Diskussion im Schatten des Kalten Krieges, in: Das Parlament, Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 20 v. 13. S. 1972, S. 36.

¹⁶⁹ Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, S. 116 Anm. 5.

¹⁷⁰ W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 261.

¹⁷¹ Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, S. 71.

¹⁷² Ebenda, S. 11.

¹⁷³ Ders., Das deutsche Kaiserreich, S. 173, 178.

Für viele westdeutsche Historiker ist der „Sozialimperialismus“ ein zusätzliches, Zumeist aber besonders gewichtiges Motiv neben anderen. Wolfgang J. Mommsen, der – wie wir bereits sahen¹⁷⁴ – den Imperialismus in erster Linie als Extremform nationalistischen Denkens deutet, schreibt zum Beispiel, der Ruf nach neuen Märkten und Rohstoffquellen in Übersee habe „seine große Gewalt“ allein in Verbindung mit der weitverbreiteten Vorstellung gewonnen, daß die bestehenden sozialen und politischen Strukturen sich nur unter den Bedingungen eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums würden erhalten und die sozialdemokratische Gefahr bannen lassen.¹⁷⁵

Hans-Christoph Schröder, der das sozialimperialistische Motiv des Imperialismus stark hervorhebt,¹⁷⁶ unterscheidet die Absicht der herrschenden Klasse, „der Revolutionsgefahr mit dem Mittel der Expansion wirtschaftlich entgegenzuwirken“, und eine auf politisch-psychologische Wirkung zielende „Abwehrideologie“ gegen den Sozialismus zur Integration der „auseinanderstrebenden Klassen im Innern“. Zum Unterschied von Wehler betont er vor allem die gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Zielsetzung und sieht im Sozialimperialismus ein in der Arbeiterbewegung wenig wirksames propagandistisches Instrument, das die Massen für die imperialistische Expansionspolitik gewinnen sollte.¹⁷⁷ Reformforderungen, wie sie zum Beispiel Max Weber und Friedrich Naumann entwickelten, wertet er als der imperialistischen Zielsetzung untergeordnete Bemühungen, den Erfolg der äußeren Expansion durch innere Stärkung zu gewährleisten. Demgegenüber beurteilt Winfried Baumgart den „Sozialimperialismus“ mehr „als Begleiterscheinung“.¹⁷⁸

Wie für Wehler ist der Imperialismus für Helmut Böhme vor allem „Sozialimperialismus“. Er deutet Imperialismus primär als eine „von direkten ökonomischen Ausdehnungsinteressen nicht abgeleitete“ Abwehrstrategie. In seinen „Thesen zur Beurteilung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen des deutschen Imperialismus“¹⁷⁹ räumt er zwar die Bedeutung der Übersee-Expansion der Banken, der chemischen und der Elektroindustrie für die Diplomatie der Weltpolitik ein,¹⁸⁰ erklärt den deutschen Imperialismus jedoch als [54] „Versuch der Staatsleitung und der sie tragenden Gruppen und Interessenten ..., im Gegensatz zum Entwurf ‚des Sozialismus‘ die sozialen Veränderungen der sich durch die rasante Industrialisierung rasch wandelnden Gesellschaft nicht mit einer grundlegenden Reform, der Umwälzung der Eigentums- und Distributionsverhältnisse, zu lösen, sondern mit Hilfe der Ablenkung auf Großmacht- und Weltmachtpläne zu paralysieren, um auf diese Weise den innenpolitischen Status quo ohne Reformen zu erhalten“.¹⁸¹

Noch stärker als bei Wehler wird hier die Expansionspolitik als Produkt sozialpolitischer Verlegenheiten gedeutet. Während Wehler den Imperialismus als Abwehrstrategie sowohl der Junker als auch der Großbourgeoisie kennzeichnet, ist er für Böhme ein den agrarfeudalen Interessen dienender, bewußt inszenierter Versuch, „trotz der Industrialisierung dem Block der vorindustriellen Machtverwaltung – Grundbesitz, Militär, Kirche und Bürokratie – den möglichst unkontrollierten, auf alle Fälle bestimmenden Einfluß auf den Staat zu erhalten“.¹⁸² Böhme lehnt deshalb die Erklärung W. J. Mommsens ab, daß der Imperialismus im Nationalismus jener Schichten gewurzelt habe, die von der Industrialisierung nach oben getragen wurden. Statt dessen postuliert er die These: Imperialismus sei „die Abwehr jener Schichten, die bislang unangefochten im Besitz der staatlichen Macht waren“. Die deutsche imperialistische „Weltpolitik“ sei als „reine Abwehrideologie manipuliert“ worden. Mit ihr habe man die mit der industriellen Revolution in Gang gesetzte Entwicklung eines fundamentalen Wandels „auffangen“ wollen. Dieser Versuch habe dann den raschen Untergang des Systems eingeleitet.¹⁸³

¹⁷⁴ Siehe 8. 23 f., 34, 39 ff. dieser Brosch.

¹⁷⁵ Wolfgang J. Mommsen, *Der moderne Imperialismus als innergesellschaftliches Phänomen*, S. 19.

¹⁷⁶ Hans-Christoph Schröder, *Sozialismus und Imperialismus*, S. 13 ff.

¹⁷⁷ Ebenda, S. 16 f.

¹⁷⁸ Winfried Baumgart, *Deutschland im Zeitalter des Imperialismus*, S. 38 f.

¹⁷⁹ Helmut Böhme, S. 31 ff. – Böhme merkt an, daß er seine Auffassungen bewußt zugespitzt formuliert habe (ebenda, 8. 55, Anm. 1).

¹⁸⁰ Ebenda, S. 44.

¹⁸¹ Ebenda, S. 48 f.

¹⁸² Ebenda, S. 49.

¹⁸³ Ebenda, S. 54.

In noch höherem Grade als bei Wehler offenbart sich in Böhmes Modell die Abwegigkeit einer solchen sozialstrukturellen Imperialismusdeutung. Da der „Block der vorindustriellen Machtverwaltung“ eine Spezifik der Entwicklung des Deutschen Reiches war, bleibt die bereits bei Wehler gestellte Frage, wie sich dann die imperialistische Expansionspolitik anderer Großmächte erklärt, bei denen ein solcher „Block“ als Wurzel des Imperialismus nicht existierte, völlig offen. Für die imperialistische Ideologie besitzt Böhmes Erklärungsmodell natürlich insofern einen höheren Stellenwert, weil es noch entschiedener als das Wehlens den Imperialismus als eine vorüber-[55]gehende Wachstumsstörung hinstellt, indem es ihn als ein der monopolkapitalistischen Entwicklung überhaupt fremdes Element deutet und so das Problem des Imperialismus auf den Anfang des 20. Jahrhunderts beschränkt.

Abgesehen davon, daß Böhme mit seiner Deutung weit von der Erfüllung der von ihm am Beginn seines Artikels erwähnten anspruchsvollen Forderung Theodor Schieders entfernt ist, „generelle Strukturgesetze der Neuzeit aufzustellen, die für Staat und Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gleichermaßen gelten sollten“,¹⁸⁴ treffen die Behauptungen, auf denen er sein Gedankengebäude errichtet, zu einem großen Teil auch im einzelnen nicht zu. Wie die neuere Forschung nachgewiesen hat, waren es in erster Reihe großbürgerliche Kräfte, die zunehmend stärker nach imperialistischer Expansion drängten, nicht aber die Junker. Auch die These, die Reichsleitung – Böhme nennt die Kanzler – hätte die Weltpolitik in erster Linie „manipuliert“, um so innere Reformen zu umgehen, ist abwegig. Abgesehen davon, daß imperialistische Außenpolitik damit als eine der Gesellschaft vom Staat gleichsam künstlich aufgepfropfte Erscheinung erklärt wird, ging es der Reichsleitung, wenn überhaupt, nur um Flickreformen. Zu solchen war sie in zunehmendem Maße bereit, wurde aber an deren Verwirklichung durch den Widerstand der konservativen Junker gehindert. Vor allem aber steht Böhmes These im Widerspruch zu der Tatsache, daß sich etwa ein Bethmann Hollweg darüber im klaren war, daß – umgekehrt – äußere Expansion innenpolitische Reformen erforderlich machen würde. Bethmann Hollweg und Clemens Delbrück zogen zum Beispiel aus dem außenpolitischen Ziel eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes unter deutscher Führung, dem Kernziel des amtlichen Kriegszielprogramms, sowie aus der Programmierung der Herrschaft auf dem Weltmarkt die Konsequenz, daß innenpolitische Reformen erforderlich seien, weil sich die Hegemonialstellung sonst nicht würde verwirklichen lassen.¹⁸⁵ Ein solches Programm, so argumentierten sie, sei „nicht mit der Rechten und nicht ohne die Sozialdemokratie, jedenfalls nur mit einer liberalen Mehrheit“ durchzuführen.¹⁸⁶ Hier erscheint also die Expansion als Motiv für gewisse innenpolitische Reformen. Natürlich „gab es Gruppierungen innerhalb der herrschenden Klasse wie die Junker, die mit Hilfe einer Expansion Reformen verhindern zu können [56] hofften. Aber das war nur ein zusätzliches Motiv ihrer expansiven Erwägungen und vor allem für den deutschen Imperialismus insgesamt nicht das Hauptmotiv.

Schließlich ist Böhmes Argument, die Leninsche Imperialismustheorie reiche zur Erklärung der Ursachen des Imperialismus vor allem deshalb nicht aus, weil keine enge Koppelung zwischen imperialistischer Politik und konjunkturellem Verlauf nachweisbar sei,¹⁸⁷ abwegig. Zum einen basiert die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie gar nicht auf einer solchen Behauptung. Zum anderen wurde das Verhältnis zwischen Monopolkapital und Staat zwar nicht durch den Wechsel zwischen Konjunktur und Krise verursacht, doch verschärfte zum Beispiel die Krisen 1900-1903, 1907-1908 und die 1913/14 einsetzende neue zyklische Krise den Kampf der Monopole um Absatzmärkte und Rohstoffgebiete, steigerten sie die Aggressivität und erzeugten insgesamt einen verstärkten Drang nach Konzentration,¹⁸⁸ Erscheinungen, die den ursächlichen Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und imperialistischer Politik insofern verdeutlichen, als sie offenbaren, daß die Aggressivität mit fortschreitendem Konzentrationsprozeß anwuchs.

¹⁸⁴ Ebenda, S. 32.

¹⁸⁵ Willibald Gutsche, Die Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung 1898 bis 1918, in: Probleme der Geschichte des deutschen Imperialismus vor 1917 (Jahrbuch für Geschichte, Bd. 115, Berlin 1976).

¹⁸⁶ Ebenda.

¹⁸⁷ Helmut Böhme, S. 40.

¹⁸⁸ Willibald Gutsche, Probleme des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges.

Auch Böhmes Modell interpretiert den Imperialismus als Produkt vorübergehender spezifisch deutscher Wachstumsstörungen, das – durch Rudimente präindustrieller Sozialstrukturen hervorgerufen – dem Kapitalismus eigentlich wesensfremd, folglich überwindbar und dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus nicht immanent sei.

[57]

Bürgerlich-antiimperialistische Beiträge zur Imperialismusforschung

„Wirtschaftlicher Imperialismus als Tatsache, der ‚Zwang‘ zur Weltpolitik, war den Motivationen aller Industrienationen der Erde in dieser Periode gemeinsam. Für Deutschland war die Situation im Bewußtsein der führenden sozialen Gruppen dadurch geprägt, daß es – und das hebt seinen Imperialismus von den anderen Imperialismen ab – zu dem Kreis der führenden Großmächte erst verspätet Zugang erhielt, als ein Großteil der Erde bereits verteilt war.“

„Weiterhin glaube ich den Nachweis bringen zu können, daß das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik keine nachträglich konstruierte Hypothese ist, sondern ein Faktor, der die diplomatischen Aktionen ebenso wie die Tendenzen der inneren Politik ganz wesentlich mitbestimmte; daß sogar gewisse soziale Gruppen Entscheidungen erzwangen, die man gemeinhin nur der ‚über den Gruppeninteressen‘ stehenden hohen Bürokratie zuschreiben möchte.“

Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 366, 13.

Von den bisher behandelten vorherrschenden, durchweg apologetischen Imperialismusdeutungen zum deutschen Imperialismus vor 1917 unterscheiden sich die Darstellungen einiger bürgerlich-antiimperialistischer Historiker in der BRD, die – bei aller Begrenztheit ihres Herangehens an die Problematik – wichtige Beweise für das reaktionäre Wesen des deutschen Imperialismus, für den Drang der Monopole nach Gewalt und Reaktion, für die Hauptverantwortung des deutschen Imperialismus am ersten imperialistischen Weltkrieg sowie für die Kontinuität seiner aggressiven, volksfeindlichen Politik vor, während und nach dem ersten Weltkrieg erschlossen haben.¹⁸⁹ [58] Auch die Autoren dieser Arbeiten werten den Imperialismus nicht als letztes und höchstes Entwicklungsstadium des Kapitalismus, beantworten infolgedessen die Frage nach der Alternative nicht oder bekennen sich zu einer Reform der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ihre nüchternen, von der Beweiskraft der historischen Tatsachen ausgehenden, zum Teil auch auf Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Historiographie fußenden Analysen imperialistischer deutscher Politik enthalten jedoch tiefere Einsichten in Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung. Sie enthüllen wichtige Erscheinungsformen des reaktionären Wesens des Imperialismus, weisen deren Kontinuität bis in die Gegenwart nach und tragen so dazu bei, die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie zu bestätigen.

Das gilt vor allem für die Arbeiten Fritz Fischers¹⁹⁰ und einiger seiner Schüler,¹⁹¹ die wegen ihrer bürgerlich-antiimperialistischen Beurteilung der Rolle des Deutschen Reiches bei der Entfesselung und Durchführung des ersten Weltkrieges und wegen der sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für den deutschen Imperialismus insgesamt von der orthodoxen Historikerkunft der BRD scharf angegriffen wurden.¹⁹²

Bedeutung und Grenzen ihrer Arbeiten sind umfassend bereits in der Fachliteratur der DDR besprochen worden.¹⁹³ Wir beschränken uns deshalb auf die in diesen Arbeiten erkennbare Imperialismuserklärung.

¹⁸⁹ Siehe dazu: Gerhard Lozek, *Neueste Tendenzen in der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung und -ideologie*, S. 1345 f.; Werner Pfaff, *Die progressiven Tendenzen in der westdeutschen Geschichtsschreibung als Beitrag zur Diskussion um eine demokratische Alternative in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren*, in: *Unbewältigte Vergangenheit*, S. 457 ff.

¹⁹⁰ Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht*; ders., *Weltpolitik, Weltmachtstreben und deutsche Kriegsziele*, in: *Historische Zeitschrift*, 199/2, Okt. 1964, S. 265 ff.; ders., *Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im ersten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 1965 (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, hrsg. von Fritz Fischer, Bd. 1); ders., *Krieg der Illusionen*

¹⁹¹ Zum Beispiel Hartmut Pogge v. Strandmann/Immanuel Geiss, *Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges*, Frankfurt/M. 1965 (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, hrsg. von Fritz Fischer, Bd. 2); ders., *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, Frankfurt/M. 1972; Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks*; ders., *Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918, Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XII/1972, S. 351 ff.; Peter Borowsky, *Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen*, Lübeck-Hamburg 1970.

¹⁹² Siehe dazu: Immanuel Geiss, *Die Fischer-Kontroverse. Ein kritischer Beitrag zum Verhältnis zwischen Historiographie und Politik in der Bundesrepublik*, in: Ders., *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, S. 108 ff.

¹⁹³ Siehe dazu: *Deutschland im ersten Weltkrieg*, hrsg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte, Arbeitsgruppe Erster Weltkrieg, Leitung: Fritz Klein, 3 Bde., zweite Aufl., Berlin 1970, Bd. 1, S. 46 ff., Bd. 2, S.

Fischer will den bestehenden Theorien über den Imperialismus keine neue hinzufügen.¹⁹⁴ Seine Imperialismuskritik ergab sich aus seiner unvoreingenommenen Auswertung des Quellenmaterials, die auf der Auffassung „In actia veritas!“ beruhte.¹⁹⁵ Fischer erkennt „gewisse gemeinsame Entwicklungslinien für alle Großmächte im Zeitalter des ‚Imperialismus‘“ an und sieht diese vor allem in den „wirtschaftlichen Faktoren, die die Lage in den Jahren 1911 bis 1914 bestimmten“,¹⁹⁶ die – wie er an anderer Stelle formuliert hat – „die diplomatischen Aktionen ebenso wie die Tendenzen der inneren Politik ganz wesentlich mitbestimmten“.¹⁹⁷

Bestrebungen, „das Thema ‚deutscher Imperialismus vor 1914‘ entweder ganz zu leugnen oder in einer Weise zu verengen, daß es allein zu einer Angelegenheit der ‚bösen‘ Alldeutschen“ wird, weist er ebenso entschieden zurück wie ein „Modelldenken, das die jeweils sehr verschiedenen historischen [59] Gegebenheiten unterschätzt und den geschichtlichen Prozeß in das Prokrustesbett sozialwissenschaftlicher und politologischer Kategorien zu zwängen versucht“.¹⁹⁸ Deshalb wertet er das sozialimperialistische Motiv, das – wie wir sahen – von H.-U. Wehler und anderen BRD-Historikern in Gestalt einer konservativen Ablenkungsstrategie als entscheidende Ursache imperialistischer Expansion hingestellt wird, zutreffend als zusätzliches, von ökonomischen Bedingungen abgeleitetes begünstigendes Element, als „künstliche Anheizung“ außenpolitischer Konflikte, als „Taktik“ der „schaffenden Stände“, den gefährdeten gesellschaftlichen Status quo zu zementieren und „die sozialen Spannungen im Inneren durch die Stoßrichtung gegen außen zu entschärfen“.¹⁹⁹ Solche Tendenzen, schreibt Fischer, seien im Lager der Gewerkschaftsbürokratie und der Revisionisten auf Unterstützung gestoßen. Von einem „Volksimperialismus“, wie ihn Wolfgang Zorn in diesem Zusammenhang behauptet habe,²⁰⁰ „um das Phänomen des deutschen Weltmachtstrebens in milderem Licht erscheinen zu lassen“, könne man jedoch nicht sprechen.²⁰¹

Aus der Fülle des von ihm gesichteten und aufbereiteten Tatsachenmaterials zieht Fischer den Schluß: „So, wie die Vorkriegspolitik von den Kräften, den Forderungen der Wirtschaft und von den Ideen und Hoffnungen der geistigen Elite bestimmt waren, so ist auch die Kriegszielpolitik von diesen Kräften her zu beurteilen ...“²⁰²

Die „Kräfte der Wirtschaft“ sind für Fischer die führenden Monopolisten, Bankiers und Verbandssekretäre, deren „politische Grundanschauungen mehr und mehr mit denen des Bildungsbürgertums, der hohen Bürokratie, der Armee und Marine übereinstimmten“. Fischer zeigt, wie sich das „Verhältnis von Wirtschaft und Politik ... im Laufe der ersten Jahre des neuen Jahrhunderts immer enger“ gestaltete und wie diese „neue meinungsbildende Schicht“ die Regierung in steigendem Maße beeinflusste.²⁰³

Aus der Beurteilung des Imperialismus als einer in starkem Maße ökonomisch, monopolkapitalistisch bedingten Erscheinung ergibt sich für Fischer der Schluß, „daß das imperialistische Zeitalter ... 1914 nicht abbricht, wie es nach üblichen Periodisierungen erscheint, sondern seine erste Aufgipfelung erfährt ...“, daß „bestimmte Denkformen und Zielsetzungen“ [60] der damaligen deutschen Politik

37 ff., Bd. 3, S. 53 ff.; Fritz Klein, Die westdeutsche Geschichtsschreibung über die Ziele des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, in: ZfG 8/1963, S. 1808 ff.; Willibald Gutsche / Fritz Klein / Helmut Kral / Joachim Petzold, Neue Forschungen zur Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Geschichte, hrsg. von Ernst Engelberg, Heinrich Scheel, Horst Bartel, Bd. 1, Berlin 1967, S. 295 ff.; Fritz Klein, Neuere Veröffentlichungen in der BRD zur Geschichte und Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, in: ZfG, 2/1972, S. 203 ff.; Unbewältigte Vergangenheit, S. 166 ff.

¹⁹⁴ Fritz Fischer, Krieg der Illusionen, S. 366.

¹⁹⁵ Ders., Weltpolitik, Weltmachtstreben und deutscher Imperialismus, S. 269. [Die Wahrheit in Aktion!]

¹⁹⁶ Ebenda, S. 343.

¹⁹⁷ Ders., Krieg der Illusionen, S. 13.

¹⁹⁸ Ebenda, S. 11 f.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 366.

²⁰⁰ Wolfgang Zorn, Wirtschaft und Politik im deutschen Imperialismus, in: Festschrift für Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 354.

²⁰¹ Fritz Fischer, Krieg der Illusionen, S. 367.

²⁰² Ders., Weltmacht oder Niederlage, S. 89.

²⁰³ Ders., Griff nach der Weltmacht, S. 25.

weiterhin wirksam blieben.²⁰⁴ Sein Anliegen, einen Beitrag zur Aufhellung dieses Kontinuitätsproblems zu leisten, hat Fischer immer wieder ausdrücklich betont.²⁰⁵

Fischers Imperialismusbild – auch wenn es im einzelnen klarere Konturen, vor allem aber die Antwort auf die Frage nach der Alternative, vermissen läßt – beruht auf Einsichten in die enge Verzahnung von Ökonomie und Politik, insbesondere in die Basis-Überbau-Dialektik, und unterscheidet sich deshalb grundsätzlich von apologetischen Imperialismusdeutungen. Andererseits ermöglicht die unvollkommene Imperialismusvorstellung und das daraus resultierende Nichterkennen der revolutionären Alternative zum Imperialismus Vertretern der flexibleren imperialistischen Historiographie die Integration konzeptioneller Elemente und einiger Teileinschätzungen dieser kritisch-antiimperialistischen Historiker in ihre Imperialismusapologie.

Auch das Imperialismusbild Imanuel Geiss, der – wie Fischer – von der orthodoxen Historikerzunft der BRD als „unnational“ diffamiert wurde, hebt sich von den vorherrschenden apologetischen Imperialismusdeutungen der BRD-Historiographie ab. Auch Geiss, dessen bürgerlich-antiimperialistische Position neben seiner Mitarbeit an den beiden großen Arbeiten F. Fischers in mehreren selbständigen Publikationen zum ersten Weltkrieg und zur Weltkriegsproblematik im allgemeinen zum Ausdruck kam,²⁰⁶ sucht keine explizite neue Imperialismustheorie zu entwickeln, sondern analysiert die imperialistische deutsche Politik vor und während des ersten Weltkrieges konkret mit dem Ziel, „die deutsche Demokratie vor den Spuren zu warnen, die von der letzten zur jüngsten ‚Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes‘ weisen, um eine – zeitgeschichtlich gewiß abgewandelte – Wiederholung des 30. Januar 1933 in der Bundesrepublik zu verhindern“.²⁰⁷

Politisch engagiert für die Anerkennung der DDR, für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung,²⁰⁸ betont Geiss die Kontinuität reaktionärer geistiger und politischer Traditionen vom Beginn des Imperialismus bis zum „Rechtskartell“ in der BRD heute²⁰⁹ und enthüllt die Hauptverantwortung der deutschen Hegemonialbestrebungen [61] für die Entstehung des ersten Weltkrieges²¹⁰: „Den größten Anteil an der *Verursachung* des Weltkrieges hatte Deutschland ...“ Geiss, der betont, daß dieser Krieg „vom ersten Tag an kein deutscher Defensivkrieg“ war, arbeitet heraus, daß es den Herrschenden in Deutschland dabei in erster Linie „um eine grundlegende Neuaufteilung der Märkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagegebiete“ ging.²¹¹ Geiss macht die rechten sozialdemokratischen Führer für diese Politik mitverantwortlich. Er verurteilt ihr offenes Einschwenken auf die Burgfriedenspolitik 1914, ihre Kriegspolitik 1914 bis 1918, ihre konterrevolutionäre Rolle in der Novemberrevolution und in der „Großen Koalition“ der zwanziger Jahre.²¹²

In der heutigen Klassenauseinandersetzung zwischen dem Imperialismus und dem Sozialismus, des in Gestalt der Sowjetunion „staatlich etablierten revolutionärsten Elements“ der Welt,²¹³ erblickt er die kontinuierliche Fortsetzung „des alten Ringens zwischen sozialkonservativem und sozialrevolutionärem

²⁰⁴ Ebenda, S. 12.

²⁰⁵ Ders., *Krieg der Illusionen*, S. 12; ders., *Griff nach der Weltmacht*, S. 12.

²⁰⁶ Imanuel Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914 bis 1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*. Lübeck-Hamburg 1960; *Julikrise und Kriegsausbruch 1914*, bearb. und eingel. von Imanuel Geiss, 2 Bde., Hannover 1964; *Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, hrsg. von Imanuel Geiss, München 1965; Imanuel Geiss, *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*.

²⁰⁷ Imanuel Geiss, *Von Bismarck zu Strauß. Über die Kontinuität rechter Sammlungsbewegungen*, in: *Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik*, hrsg. von Harald Jung u. Eckart Spoo, München 1971, S. 23 (Schriftenreihe der Demokratischen Aktion, H. 6).

²⁰⁸ Ders., *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, S. 196; ders., *Die Rechtsopposition und ihr Kampf gegen die Ostverträge*, o. O. u. o. J. (Schriftenreihe des „Pressedienstes der Demokratischen Aktion“, H. 9).

²⁰⁹ Ders., *Von Bismarck zu Strauß*, S. 15.

²¹⁰ Ders., *Die Rechtsopposition und ihr Kampf gegen die Ostverträge*, S. 5.

²¹¹ Ders., *Der Ausbruch des ersten Weltkrieges*, in: Ders., *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, S. 28 f.; ders., *Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft*, Bd. 2: *Revolution – Ein historischer Längsschnitt*, hrsg. von Imanuel Geiss und Rainer Tamchina, München 1974, S. 136.

²¹² Ders., *Zur Vorgeschichte des Dritten Reiches*, in: Ders., *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, S. 87.

²¹³ Ders., *Das Erbe zweier Weltkriege*, in: Ders., *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, S. 61 f.

Prinzip“ und vertritt die Auffassung, daß infolge der „Strukturkrise des Kapitalismus“ in Zukunft auch die wirtschaftlichen Machtzentren der westlichen Industriestaaten „von der Revolutionsproblematik ergriffen werden“.²¹⁴

Geiss kennzeichnet den Imperialismus, dessen Aggressivität in hohem Maße vom Monopolkapital bestimmt ist, als Weltsystem, definiert ihn allerdings einseitig außenpolitisch als direkte oder indirekte, politische oder wirtschaftliche, militärische oder diplomatische Herrschaft der europäischen industrialisierten Machtstaaten sowie der USA, Japans und der Türkei, die sowohl Glied als auch Objekt des Imperialismus gewesen sei, über den Rest der Welt.²¹⁵ „Vordergründig gesehen“, schreibt er, „war der erste Weltkrieg (und mit ihm der zweite Weltkrieg als seine vergrößerte Replik) natürlich ein Produkt des Imperialismus, der 1914 scheinbar unerschütterlich auf dem Höhepunkt seiner erdumspannenden Macht stand“, und den Geiss zeitlich bis zur Gegenwart als existent bezeichnet.²¹⁶ Im Imperialismus erblickt er „den gemeinsamen Nenner für beide Weltkriege“.²¹⁷ Mit Recht hält Geiss apologetischen Historikern entgegen, es sei ein „Allgemeinplatz der Geschichtsschreibung, den ersten Weltkrieg auf die Spannungen des Imperialismus abzuschieben“. Diese Erklärung helfe nicht viel weiter. Man müsse vielmehr ohne „nationale“ oder „patriotische“ Rücksich-[62]ten auf das Ergebnis einer redlichen Prüfung „nach den tieferen Ursachen dieser Spannungen und nach den Gründen für ihre explosive Auslösung“ fragen.²¹⁸

Geiss hat dazu mit seinen kritischen, die ökonomischen Wurzeln des Imperialismus, die Kontinuität des aggressiven Hegemonialstrebens und der reaktionären Innenpolitik enthüllenden und deren Akteure und Hintermänner verurteilenden Betrachtungen wertvolle Beiträge geliefert. Da er jedoch den Imperialismus trotz seiner Einsichten in den Zusammenhang zwischen monopolkapitalistischer Ökonomik und imperialistischer Politik vor allem als ein politisches Phänomen faßt, überbewertet er soziale, politische und ideologische Erscheinungen. So erblickt er den „vielleicht tiefsten Grund für den Ausbruch des ersten Weltkrieges“ in dem „ideologischen Gefälle zwischen dem konservativen Deutschen Reich und seinen wenigen, ebenso konservativen Verbündeten einerseits und der (bis auf Rußland) auch schon weitgehend demokratisierten Umwelt fast des gesamten übrigen Europa“²¹⁹ andererseits.

Auf Grund seines Imperialismusverständnisses vermag er vor allem die wirkliche Alternative zu Imperialismus und Krieg nicht zu erkennen. Zwar sieht er in den „linkssozialistischen Elementen“ die „Möglichkeit“ einer „eigentlichen Alternative“, doch hält er ihre Politik – wobei er dafür die rechten sozialdemokratischen Führer verantwortlich macht – für zu radikal oder für „utopisch“²²⁰, bleibt jedoch die konkrete Antwort auf die Frage nach der von ihm befürworteten Alternative schuldig.

Eine den reaktionären Charakter des imperialistischen deutschen Herrschaftssystems kritisch beleuchtende Position nimmt auch Dirk Stegmann ein. Zum Unterschied von den meisten bisher in der BRD zum Thema der Sammlungspolitik erschienenen Arbeiten deckt er den reaktionären Charakter dieser Integrationspolitik auf.²²¹ Da er jedoch den Imperialismus nur als Weltpolitik und nicht als höchstes und letztes Stadium des Kapitalismus auffaßt und in der Sammlungspolitik vor allem eine Ablenkungsstrategie erblickt,²²² ist es ihm nicht möglich, die Erscheinungen und sozialökonomischen Folgen des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus historisch richtig zu deuten.²²³

²¹⁴ Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, S. 7 f.

²¹⁵ Imanuel Geiss, Das Erbe zweier Weltkriege, in: Ders., Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, S. 48.

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ Ebenda, S. 45.

²¹⁸ Ders., Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Ders., Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, S. 12.

²¹⁹ Ders., Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, S. 61.

²²⁰ Imanuel Geiss, Zur Vorgeschichte des Dritten Reiches, in: Ders., Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, S. 77 ff.

²²¹ Dirk Stegmann, Bismarcks Erben.

²²² Siehe z. B.: Ebenda, S. 277 ff., 280 ff.

²²³ Vgl. die Rezension zur Arbeit Dirk Stegmanns in: ZfG, 2/1972, S. 232 f. – Eine ähnliche Imperialismusvorstellung liegt der Arbeit von Barbara Vogel, Deutsche Rußlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1900–1906 (Studien zur modernen Geschichte, Bd. 11), hrsg. von Fritz Fischer/Klaus Detlev Grothusen/Günter Moltmann,

Mit verschiedenen Spezialuntersuchungen haben die Vertre-[63]ter der hier behandelten Strömung trotz der Grenzen ihrer Sicht wichtige Beiträge zur Aufhellung imperialistischer deutscher Politik geleistet. So kam zum Beispiel Peter Borowsky, der hier noch erwähnt werden soll, bei seiner Untersuchung der Ukrainepolitik des deutschen Imperialismus 1918²²⁴ zu dem Ergebnis, daß die Zielsetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsamtes „imperialistischer“ war als die der OHL, auch oder gerade deshalb, weil sie sich flexiblerer und diplomatischerer Methoden bedienten.²²⁵ Borowsky weist in diesem Zusammenhang vielfältige „Einflüsse von wirtschaftlichen Interessenten oder Interessengruppen, von Verbänden und Publizisten auf die von ihrer Funktion her mit Politik befaßten Personen“ nach.²²⁶ Auch Borowsky sieht im Imperialismus eine in starkem Maße ökonomisch bedingte Expansionspolitik, wenn er konstatiert: „Die Berücksichtigung des Einflusses wirtschaftlicher Interessen und publizistischer Forderungen auf die Pläne und Entscheidungen der Politik“ führe zu der Einsicht, „daß die Maßnahmen der Reichsleitung eben nicht nur kriegsbedingte, von der jeweiligen militärischen Lage abhängige Reaktionen ohne größere Gesamtkonzeption waren, sondern echte Kriegsziele, die von Beginn des Krieges an, oft auch schon vorher, diskutiert worden sind und deren Realisierung – was den Osten anbetrifft – nach Brest-Litowsk in Angriff genommen wurde.“²²⁷ Er verzichtet jedoch darauf, theoretisch weiter in die Tiefe zu loten.

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Monopolkapital und Staat sind Auffassungen erwähnenswert, die Karl Rohe in einem Aufsatz über den britischen Imperialismus vor 1914 in Auseinandersetzung mit dem von der apologetischen Historiographie immer wieder vorgebrachten Argument geäußert hat, direkte Einflüsse von Monopolisten oder Monopolgruppen auf Repräsentanten des Staates und ihre Entscheidungen ließen sich nicht immer nachweisen.²²⁸

Rohe, der die Reduzierung der Hauptantriebskräfte des Imperialismus auf die Formel „Sozialimperialismus“ sowie die eindimensionale Erklärung des Imperialismus unter dem Aspekt eines „Primats der Innenpolitik“ ablehnt, stellt richtig fest, daß die neue wirtschaftliche Gesamtsituation bedeutsamer für die Politik gewesen sei als der konkret fixierbare Druck wirtschaftlicher Interessen.²²⁹ In diesem Zusammenhang weist [64] er auch die durch die Deutungen Wehlers und Böhmers konstruierte These „Je konservativer, desto imperialistischer“ als gefährlichen Irrtum zurück, weil so die imperialistische Rolle der „neuen Schichten“, womit er die Monopolbourgeoisie umschreibt, unterschätzt werde.²³⁰ Die Feststellung: „Vergleichsweise geringe Determination der Politik durch wirtschaftliche Interessengruppen ist freilich nicht gleichbedeutend mit geringer Determination der Politik durch wirtschaftliche Faktoren und Erwägungen“,²³¹ mit der er dem wirklichen Sachverhalt näher kommt, weist darauf hin, daß Rohe im Imperialismus ähnlich Fischer eine vor allem aus der Ökonomik erklärbare Erscheinung erblickt.

Wie bei Rohe führen jedoch auch bei den anderen Vertretern der hier behandelten Strömung richtige Teileinsichten in die Verwurzelung der imperialistischen Expansionspolitik und der reaktionären Innenpolitik in der Ökonomik nicht zu der Erkenntnis, daß der Imperialismus nur als letztes Stadium des Kapitalismus in vollem Umfang begriffen werden kann und daß seine, von den Vertretern dieser Strömung zutreffend als aggressiv, zutiefst reaktionär, friedensgefährdend und volksfeindlich erkannte Politik nur durch den revolutionären Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überwindbar ist. Es bleibt abzuwarten, ob diese Historiker, die mit ihren Analysen antiimperialistische Teilerkenntnisse vermitteln, im Ergebnis ihrer weiteren Forschungen und durch ihre Erfahrungen mit

Düsseldorf 1973, zugrunde, die im Imperialismus eine vom Grad der Industrialisierung eines Staates abhängige Phase der Politik erblickt. (Vgl. dazu die Rezension von Sigrid Wegner-Korfes, in: ZEG, 10/1974, S. 1126 ff.)

²²⁴ Peter Borowsky, Deutsche Ukrainepolitik 1918.

²²⁵ Ebenda, S. 298.

²²⁶ Ebenda, S. 16.

²²⁷ Ebenda.

²²⁸ Vgl. z. B.: Lutz Köllner, S. 117.

²²⁹ Karl Rohe, Ursachen und Bedingungen des modernen britischen Imperialismus vor 1914, in: Der moderne Imperialismus, S. 69.

²³⁰ Ebenda, S. 70 ff.

²³¹ Ebenda, S. 68.

dem Imperialismus der Gegenwart zu tieferen Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung zu gelangen vermögen.

[65]

Der Kern des Dilemmas: „... doch die Verhältnisse, sie sind nicht so“

„Nicht nur für Historiker ist es längst kein Geheimnis mehr, daß in der BRD eine Gesellschaftsstruktur weiterbesteht, die zwei furchtbare Weltkriege hervorgebracht hat. Die Herrschaft der kapitalistischen Konzerne und Monopole, die ständig zunehmende Zusammenballung *ökonomischer* Macht in den Händen des Finanzkapitals und die daraus erwachsende *politische* Macht sind die Quelle der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, sind eine dauernde Bedrohung der ‚Lebensqualität‘ und nähren imperialistische Expansions- und Aggressionsbestrebungen nach außen.“

Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED am 28./29.5.1973, Berlin 1973, S. 22.

Die in dieser Broschüre umrissenen Versuche der imperialistischen Historiographie der BRD, die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie zu widerlegen, dienen – ob das den einzelnen Autoren bewußt ist oder nicht – dazu, das imperialistische Herrschaftssystem historisch zu legitimieren. Sie sollen dazu beitragen, die monopolkapitalistischen Besitzverhältnisse zu rechtfertigen und eine grundlegende, revolutionäre Umgestaltung der spätkapitalistischen Gesellschaft zu verhindern. Ein Mittel zur Verwirklichung dieses Zieles erblickt die herrschende Klasse in der Entwicklung einer Traditionslinie des Kapitalismus, in der alle in den Augen der Volksmassen diskreditierten Erscheinungen imperialistischer Politik wie die beiden Weltkriege, die faschistische Diktatur, Expansionspolitik und offene Formen innenpolitischer Unterdrückung als dem Monopolkapitalismus nicht immanente, durch feudale Rudimente, durch Ideologien und Strategien einzelner sozialer Gruppen, durch wirtschaftliche und soziale Wachstumsstörun-[66]gen, durch Unfähigkeit der Führungsschichten, mit ihnen fertig zu werden, und durch andere Faktoren verursachte, zeitweilige anormale oder vermeidbare Vorgänge erscheinen.

Diese politische Stoßrichtung ist an aktuellen politischen Zielen orientiert, wobei von einem beträchtlichen Teil der westdeutschen Imperialismusverteidiger versucht wird, die Traditionslinie einer „Politik der Mitte“ zu entwickeln. Diese Tendenz tritt besonders prononciert in einer „Theorie“ zutage, die unlängst Gustav Schmidt expressiv verbis als eine „neue Strategie und Taktik“ für den Gegenangriff gegen die Historiographie der DDR zum deutschen Imperialismus vor 1917 sowie gegen die einschlägigen Arbeiten Fritz Fischers und anderer westdeutscher bürgerlich-antiimperialistischer Historiker empfohlen hat.²³²

In Anlehnung an Volker R. Berghahn²³³ und basierend auf den bereits erörterten apologetischen Imperialismusdeutungen verfolgt auch sie das Ziel, die Kontinuität des besonders reaktionären Charakters des deutschen Imperialismus und seine Verantwortung für Krieg und Katastrophenpolitik zu widerlegen und statt dessen die Kontinuität einer allmählich erstarkenden systemimmanenten Alternative zur praktizierten imperialistischen Politik von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart zu postulieren.

Wegen der Wirkung der Argumente der marxistisch-leninistischen Historiographie und bürgerlich-antiimperialistischer Arbeiten im eigenen Lager besorgt, fordert Schmidt, alle bisherigen Forschungsergebnisse beiseitezulassen, um „zu der Ausgangsfrage zurückzugelangen, wo in Deutschland Politik gemacht wurde und wer an den entscheidenden Weichenstellungen beteiligt war“.²³⁴ Als geeigneten Ansatzpunkt für völlig neue Überlegungen empfiehlt er das „Wortspiel“ von „Blockbildung und Blockierung“, mit dessen Hilfe man über die Frage, wer in Deutschland mächtig war, hinausgelangen müsse „zur Analyse der politischen Verfassungsstruktur, und zwar unter dem Aspekt, ob Macht und Einfluß besitzen bzw. ausüben identisch ist mit ‚Regieren‘“.²³⁵ Ausgehend von der abstrakt

²³² Gustav Schmidt, Innenpolitische Blockbildungen am Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Das Parlament, Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 20/1972, 13. S. 1972, S. 2 ff.; ders., Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Das Kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918, hrsg. von Michael Stürmer, Düsseldorf 1970, S. 397 ff.

²³³ Volker R. Berghahn, Zu den Zielen des deutschen Flottenbaues unter Wilhelm II., in: Historische Zeitschrift, 210/1, 1970, S. 100.

²³⁴ Gustav Schmidt, Innenpolitische Blockbildung, S. 5.

²³⁵ Ebenda, S. 4.

verfassungsstrukturellen These, daß am Vorabend des ersten Weltkrieges nahezu jeder politische Machtfaktor die anderen Formationen gesellschaftlich-politischer Interessen habe blockieren können, ohne sich für den dadurch bedingten Ge-[67]samtzustand verantwortlich zu fühlen oder für ihn verantwortlich gemacht werden zu können,²³⁶ gelangt Schmidt zu der Behauptung, die innenpolitische Situation sei in den letzten Vorkriegsjahren „offen“ gewesen „für einen Rechts- wie für einen Linksblock als Partner bzw. Stützmacht der Regierung.“²³⁷

Um das Traditionsbild einer Politik der „mittleren Linie“²³⁸ zu entwickeln, wird empfohlen, die Sache einfach so darzustellen, daß die von rechts gewünschten Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie auf einen festen Abwehrblock aus bürgerlichen Mittelparteien, Reichsleitung und SPD gestoßen seien. Diese „Mitte“, die „Koalition im Werden“, habe sich nach links abgegrenzt und nach rechts profiliert und so den Weg zu einer „alternativen Mehrheitsbildung“ eröffnet.²³⁹

Was Schmidt als alternative „Koalition im Werden“ dargestellt sehen möchte, ist im Grunde nichts anderes als die von Reichskanzler Bethmann Hollweg versuchte Strategie und Taktik einer nicht minder imperialistischen „Politik der Diagonale“, in ihrer Weiterführung der „Weimarer Koalition“ und schließlich einer „neuen Mitte“ in der BRD. Dieser im Grunde nicht neue Versuch, eine klassenmäßige Analyse der imperialistischen Gesellschaftsordnung zu verhindern und zugleich ihre Glaubwürdigkeit gegenüber rechts und links durch ein „eigenes“ Geschichtsbild zu untermauern, das sie als systemimmanent und reformbereit zugleich ausweisen soll, läuft darauf hinaus, den Funktionsmechanismus zwischen Monopolkapital und Staat zu verschleiern, die Hoffnung auf die Möglichkeit einer evolutionären „Verbesserung“ des imperialistischen Herrschaftssystems zu propagieren und von der entscheidenden Frage, der Machtfrage, abzulenken. Wie alle bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Gegner der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie stellt auch Schmidt eine Reform der imperialistischen Ordnung im Sinne bürgerlich-parlamentarischer Herrschaftsmethoden als eine echte Alternative zur imperialistischen Gesellschaftsordnung hin und setzt bürgerlichen Parlamentarismus mit antiimperialistischer Politik und Demokratie gleich, indem er die liberalisierende imperialistische Strömung der herrschenden Klasse und deren opportunistische Helfershelfer in der Arbeiterbewegung als „dritte Kraft“ ausgibt.

Alle diese Bemühungen, der historischen Wirklichkeit Mo-[68]delle überzustülpen, die die Vergangenheit in einem den gegenwärtigen Interessen des Imperialismus genehmen Licht erscheinen lassen, sind zum Scheitern verurteilt, weil sie der Wirklichkeit widersprechen. So abwegig aber die Methoden sind, die Basis-Überbau-Dialektik zu leugnen und so die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie zu widerlegen – sie erfordern verstärkte Anstrengungen der Geschichtsschreibung der DDR.

In den vergangenen sieben Jahrzehnten hat der Imperialismus seine Erscheinungsformen mehrfach geändert. Die Formen der ökonomischen Expansion und seine Herrschaftsverhältnisse haben sich gewandelt. Vor allem aber haben sich seine Möglichkeiten, seine aggressiven, expansiven Ziele zu verwirklichen, wesentlich verringert. Durch die Macht der um die UdSSR gescharten sozialistischen Staatengemeinschaft sieht er sich zu einer realistischeren Beurteilung der internationalen Lage, zu einem zwar widerstrebenden, doch sich fortsetzenden Eingehen auf die Politik der friedlichen Koexistenz gezwungen. Der Imperialismus ist heute, wie die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau feststellte, außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Aber die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung hebt die Gegensätzlichkeit zwischen den Gesellschaftssystemen des Kapitalismus und des Sozialismus nicht auf.²⁴⁰ Die sozialökonomische Grundsubstanz des Imperialismus ist seit seiner Herausbildung die gleiche geblieben, ja sie hat sich – bedingt durch die gewaltige Steigerung des Konzentrationsgrades –

²³⁶ Ebenda.

²³⁷ Ebenda, S. 6, 17.

²³⁸ Ebenda, S. 10.

²³⁹ Ebenda, S. 23.

²⁴⁰ Zügig voran bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED. Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED, Berlin 1973, S. 23.

potenziert. Angesichts dessen bedeutet Entspannung Erweiterung und Vertiefung des ideologischen Kampfes. „Die Klassenauseinandersetzung in der internationalen Arena erfaßt alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Und nicht zufällig nehmen dabei die Fragen des ideologischen Kampfes immer größeren Raum ein. Der Kampf um die Hirne der Menschen ist letztendlich einer der entscheidenden Bereiche des Wettbewerbs der beiden Systeme.“²⁴¹ In diesem Kampf kommt der Auseinandersetzung mit bürgerlichen und opportunistischen Imperialismus-,Theorien“ eine besondere Bedeutung zu.

²⁴¹ Boris Ponomarjow, Internationale Situation und revolutionärer Prozeß, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 4/1.974, S. 21.